

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schern.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **525000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Auf zur Agitation!

Ich bin ein Schmied! So nenn' ich mich.
Am Feuer meines Jorns schmiedet' ich
Hilfszeug und Waffen zu des Tags Bedarf,
Und wahrlich, meine Schwerter schneiden scharf!
(Ulrich v. Hutten.)

Auf zur Agitation mit den modernen Schwertern und Waffen aus dem Arsenal der Gewerkschaften, auf an die Arbeit zur Aufrüttelung der proletarischen Schläfer, die sich nicht rühren, während gewaltige Kämpfe rings um sie her toben und die Arbeit um ihre Rechte mit dem Kapital ringt!

Auf zur Agitation, die eine wahre Zaubermacht ist und Wunder wirkt, die Erkenntnis und geistig reges Leben schafft, wo vorher Stumpfheit waltete, die das proletarische Arbeitstier zum Menschen macht. Proletarier, die in tiefem Elend schmachten, die Not leiden, fühlen wohl, wo sie der Schuh drückt, aber in den allermeisten Fällen ist es ihnen nicht möglich, den Ausweg aus ihrem Elend zu finden, solange ihnen nicht durch eine geeignete Agitation die Richtung gezeigt wird. So verlogen auch das Gerede der Scharfmacher ist, wonach die ganze Arbeiterbewegung lediglich das Werk von „Schern“ sein soll, so unzutreffend ist doch auch die Ansicht, daß die Arbeiterbewegung lediglich aus der während der ersten Zeit der Herrschaft des Kapitalismus entstandenen Verelendung der Massen hervorgegangen sein soll. Ohne Zweifel hat beides zusammen gewirkt und das Resultat ist die heutige Arbeiterbewegung, eine Kulturbewegung von einem Umfang und einer Tiefe, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Die Agitation war also nicht umsonst, sondern hat die glänzendsten Erfolge gezeitigt. Und wie oft und jahrelang schien es, als ob alle Arbeit und alle Opfer zur Erweckung des schlafenden Geistes im Proletariat vergeblich geleistet wären und die stumpfe Masse nicht in Bewegung gesetzt werden könnte. Wie enttäuscht war der größte Agitator der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, der mit Cäsar glaubte, nur kommen, sehen und siegen zu können, als sein in die Arbeiterschaft hinausgeworfenes Feuerwort so wenig Effekt erzielte und die Massen ihm nicht nur nicht folgten, sondern sich sogar gegen ihn wandten. Aber welche reichen und herrlichen Früchte hat die Lassallesche Ausjaat gezeitigt, auch nachdem der Edemann gefallen war! Heute noch begeistert und erhebt man sich an seinen hinreißenden Agitationsreden, die Feuer und Flamme sind und das dicke Blut in Bewegung und Wallung bringen.

Und darum agitieren wir ebenfalls unermüdet weiter mit dem gesprochenen und geschriebenen Worte, um die noch unorganisierten Arbeitermassen zu den organisierten hinzu zu gewinnen und das Band der Organisation und Solidarität um die gesamte Arbeiterklasse zu schlingen nach dem freudbetrunkenen Dichterverse Schillers: „Seid umschlungen Millionen.“

Die Versammlungsrede hat noch immer ihre große agitatorische Bedeutung, weshalb sie denn auch für alle guten und leider auch gemeinschädlichen Zwecke benützt wird. Die Versammlungsrede bringt über die schwierigsten und größten Probleme Aufklärung und Belehrung, sie informiert und orientiert, weckt die besten Leidenschaften zur höchsten Begeisterung und entflammt die Zuhörer zu edlem Tun. Ein großer Teil der heute in unseren Reihen mitkämpfenden Genossen ist durch die Versammlungsrede für die Arbeiterbewegung gewonnen worden. Die Versammlung hat aber auch ihre große Bedeutung für das Blühen und Gedeihen des inneren Lebens der Gewerkschaft. Mitglieder, die fleißige Versammlungsbesucher sind, sind über alles unterrichtet, sie haben Gelegenheit, zu rechter Zeit auch ihre Meinung zu sagen, Fehler hintanzuhalten und Anregungen zur Förderung der gemeinsamen Interessen zu machen. Mitglieder, die fleißige Versammlungsbesucher und aktive Mitarbeiter in der Gewerkschaft sind, sind bereit gegen den von Feinden verbreiteten Bazillus des Mißtrauens gegen die Organisation und die leitenden Personen, das Zwisthergen, das die Tätigkeit der Gewerkschaft lähmen und diese schließlich zerstören soll. Nur Mitglieder, die selten oder nie die Versammlungen besuchen, bieten einen empfänglichen Boden für solche organisationsfeindlichen Geheeren und Quertreibereien, weil sie nichts wissen, das heißt die Verhältnisse ihrer Gewerkschaft nicht aus eigener Anschauung kennen und so den böswilligen und verlogenen Klatschereien zugänglich sind. Schon manche blühende Organisation ist durch solche bedauerlichen Vorgänge schwer geschädigt und auf lange Zeit hinaus erschüttert, in der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben völlig gehemmt worden. Darum sollen nicht nur die unorganisierten Arbeiter in die Versammlungen hinein, um sie zu unserer Sache zu bekehren, sondern auch die Mitglieder selbst sollen zu fleißigen Versammlungsbesuch angehalten werden, damit sie durch ihre aktive Mitarbeit zu tüchtigen Vollmitgliedern werden.

Die beste Versammlungsrede kann nur bei denen zünden, die anwesend sind. Die Abwesenden werden davon nicht berührt,

für sie ist die Agitation der Versammlungsrede nutzlos geleistet. Darum darf man aber nicht auf sie verzichten. Auch die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen, die zu uns nicht kommen, müssen das neue soziale Evangelium kennen lernen und darum heißt es für uns, sich aufzuraffen und zu ihnen zu gehen. Diese Taktik ist alt und ihr Erfinder ist kein geringerer als der Stifter des Islams. „Kommt der Berg nicht zu Mohammed, sagte er, so geht Mohammed zum Berge,“ und er ging hin zu den Interesselosen und Widerstrebenden, um sie für seine neue Religion zu gewinnen. Diese mohammedanische Agitationsweise ist in der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr unbekannt, sie wird vielmehr seit jeher unter dem Namen Hausagitation eifrig und erfolgreich betätigt. Die Hausagitation hat sogar ihre besonderen Vorteile, indem sie Gelegenheit bietet, die soziale Lage des Arbeiters aus eigener Anschauung und ohne langes Befragen kennen zu lernen. Und da bieten sich auch die besten Anknüpfungspunkte für die Erreichung des gesteckten agitatorischen Zieles. In manchen Fällen mag der gewerkschaftliche Hausagitator gleichsam als rettender Engel kommen, um dem notleidenden Proletarier mit Rat und Tat in bebrängter Lage beizustehen und ihm sogleich die Arbeiterbewegung sympathisch zu machen. Sagt ja nicht umsonst der Dichter: Des Armen Heiland ist der Arme, der helfend teilt sein Stückchen Brot.

Erfahrungsgemäß hat nicht jeder agitatorische Hausbesuch den gewünschten Erfolg. Dann soll er eben wiederholt werden, entweder von dem gleichen Genossen, oder, wenn es zweckmäßiger erscheint, von einem andern Genossen. Je nachdem soll der Besuch so lange wiederholt werden, bis der Kollege für uns gewonnen ist. So machen es ja auch andere Kreise, Geistliche, Unternehmer und bürgerliche Agitatoren, Versicherungssagenten, Kolporteurs etc. Jedenfalls sind schon viele Arbeiter durch die Hausagitation für die Gewerkschaft und auch als Abonnenten für sozialdemokratische Zeitungen gewonnen worden. Die wirkliche Agitation von Mund zu Mund kann und soll auch auf dem gemeinsamen Arbeitswege, während den Zwischenpausen in Fabriken und Werkstätten, bei der Unterhaltung am Bierisch, kurz bei jeder sich darbietenden Gelegenheit betrieben werden, aber nur in freundschaftlicher und taktvoller Weise. Wer sich leicht über erhobenen Widerspruch aufregt und die nötige Selbstbeherrschung verliert, der eignet sich für die mündliche Agitation nicht, und wenn er sie dennoch betreibt, so kann er der Sache, der er dienen will, mehr Schaden als Nutzen, was indes nicht wünschenswert ist.

Die mündliche Agitation soll ihre Ergänzung finden durch das gedruckte Wort. Das Verbandsorgan, Flugblätter, Broschüren und Einladungskirculars sollen an die Unorganisierten verteilt, keine geleseene Nummer des Gewerkschaftsblattes weggeworfen, sondern dem unorganisierten Nebenarbeiter oder der unorganisierten Kollegin zum Lesen gegeben werden. Notwendig ist, was ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, daß jedes Verbandsmitglied auch das von ihm mitbezahlte Verbandsorgan liest, so daß es dann auch in der Lage ist, sich über dessen Inhalt in anregender und interessierender Art mit Unorganisierten zu unterhalten. Man kann die, denen das Verbandsorgan gegeben wurde, nachher auch darüber befragen, ob sie das Blatt gelesen haben, und Proben daraufhin machen, ob es geschehen ist.

Eine wichtige Aufgabe der Ortsverwaltungen ist, für die prompte Verteilung jeder Nummer des Verbandsorgans zu sorgen, so daß jedes Mitglied so rasch wie möglich das Blatt nach seinem Erscheinen erhält. Diese prompte Arbeit ist auch nützlich für die Agitation unter den Unorganisierten.

Recht fruchtbar ist bekanntlich die Agitation unter den Unorganisierten in den bewegten Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe, an denen es heute ja nie fehlt und die mit fortwährend wirken. Die fortwährende Teuerung sorgt dafür, daß das arbeitende Volk nicht zur Ruhe kommt und die famose Aussperrungstaktik der Unternehmer reißt Arbeiter mit in die Kämpfe hinein, die durch die Gewerkschaft noch lange nicht mobil gemacht werden könnten. Die Errungenschaften der Gewerkschaft in diesen Kämpfen zugunsten der Arbeiter zeigen auch den rückständigsten Unorganisierten, daß es etwas nützt, wenn man organisiert ist und daß nachherade jeder Arbeiter angefaßt des Vorgehens der Unternehmer organisiert sein muß, wenn er nicht völlig hilflos und verlassen sein will.

Ein ungemein wertvolles und uner schöpliches Agitationsmaterial bieten die Jahrbücher unseres Verbandes, die zugleich seine Geschichtsbücher, Monumente seiner erfolgreichen Wirksamkeit zur Hebung der Lage der deutschen Metallarbeiter sind.

Die herrschende und sich von Tag zu Tag weiter verschärfende Teuerung, die gewissenlose Verelendung der Junker und Junkerengenossen mittels ihres zollpolitischen Raubsystems auf Kosten der besitzlosen Volksmassen; die Raubpolitik des kapitalistisch-agrarischen Klassenstaates zur Plünderung der Arbeiterklasse; die darin sowie in der imperialistischen Weltpolitik liegenden großen Gefahren für eine neue und erschütternde internationale Wirtschaftskrise, bilden einen wunderbaren Resonanzboden für eine allseitige, entschlossene und zielbewußte Agitation zugunsten der Gewerkschaft unter den Unorganisierten,

zu deren Aufrüttelung die erstarrten und die Arbeiter ver-gewaltigenden Unternehmerorganisationen noch ein übriges be-tragen. Viele tausende neuer Mitglieder sollte uns das Jahr der Teuerung, der Hungersnot und Kriegsgefahren noch bringen, um viele tausende neuer Mitstreiter und Mitkämpfer sollten unsere Reihen verstärkt und andererseits die der-unorgani-sierten Arbeiter vermindert und geschwächt werden.

Und darum auf zur Agitation, zur Werbearbeit für den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

In Reih und Glied.

Stell dich in Reih und Glied, das Ganze zu verstärken,
Mag auch, wer's Ganze sieht, dich nicht darin bemerken.
Das Ganze wirkt, und du bist drin mit deinen Werken.
Stell dich in Reih und Glied und schare dich den Scharen;
Und teilst du nicht den Ruhm, so teilst du die Gefahren.
Wird nicht der Musterer den Einzelmann gewahren,
Mit Lust doch wird er jehn vollständig seine Scharen.
Damit im Ganzenwahn nicht fehlet eine Schanze,
Geh deine Feind und sei gefaßt auf jede Schanze.
Sei nur ein Blatt im Kranz, ein Ring im Ringelkranz,
Fühlst dich im Ganzen ganz und ewig wie das Ganze.

(Friedrich Rückert.)

Optimismus und Pessimismus.

Ein Beitrag zur Psychologie der Massen.

II.

Es ist eine charakteristische Eigenschaft der kapitalistischen Wirt-schaftsordnung, daß auf eine Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs eine Periode des wirtschaftlichen Niedergangs folgt und umgekehrt. Gute Zeiten wechseln mit schlechten Zeiten ab und die günstige Konjunktur wird von einer minder günstigen abgelöst. Während in der guten Zeit viel Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, tritt in der schlechten Zeit Mangel an Arbeit auf. Daß diese Veränderung im Wirtschaftsleben besonders die Arbeiterklasse trifft, ist klar und ebenso klar ist auch, daß diese Veränderung auf das sozialgeistige Leben abwirft. Der Optimismus ist die Signatur des aufsteigenden Lebens auf wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiet, der Pessimismus ist die Begleitercheinung des Nieder-gangs. Diese Erfahrungstafel gibt uns einen Anhalt für die Beurteilung proletarischer Taktik.

Bekanntlich klang das Wirtschaftsleben vor einigen Jahren ab und die Krise zeigte immer stärker ein; die Arbeitsgelegenheit ver-minderte sich infolge des geschäftlichen Rückganges und das Gesamt-einkommen der Arbeiter sank. Zum Unglück für die Arbeiter ging auch noch die Kaufkraft des Geldes zurück, weil die Lebensmittelpreise durch die verdamnungswürdige Zoll- und Steuerpolitik schnell in die Höhe gingen. Das bedeutete natürlich eine relative Verelendung des arbeitenden Volkes. Wohl machten die Ge-werkschaften große Anstrengungen, um ein Herabdrücken der prole-tarischen Lebenshaltung zu verhindern, was ihnen auch in manchen Fällen gelungen ist, aber im allgemeinen ließ sich das Sinken des Volkswohlstandes nicht vermeiden. Die Gewerkschaften, die ein-stimmig zum Angriff übergegangen waren, wurden in die Ver-teidigungsstellung gedrängt und ihre Kämpfe wurden schwieriger als früher. Einerseits war die Konjunktur schlecht, was sich be-sonders in der zunehmenden Zahl der Streikbrecher bemerkbar machte, andererseits hatten aber auch die Unternehmer von den Ar-beitern gelernt und sich zu starken Organisationen zusammen-geschlossen. Diese Organisationen waren doppelter Art: die Unter-nehmer kartelle versuchten mit Erfolg, die Preise ihrer Erzeug-nisse künstlich in die Höhe zu treiben, die Unternehmer ver-bände verfolgten den Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Ar-beiter entweder zu verschlechtern oder wenigstens konstant zu er-halten. So gerieten die Arbeiter in eine wahre Zwischelle; als Verkäufer ihrer Arbeitskraft und als Käufer der verschiedenen Unterhaltsmittel wurden sie gleichermaßen in die Enge getrieben. Hierdurch wurde der gewerkschaftliche Kampf immer mehr erschwert und die greifbaren Erfolge wurden immer weniger.

Nunmehr war der Augenblick gekommen, wo der gewerkschaft-liche Pessimismus einsetzte und wie ein schleichtendes Fieber die Arbeiterkreise ergriff. Man begann wieder, die Taktik der Gewerkschaften mit kritischen Augen zu betrachten; die Tarifverträge wurden unbarmherzig zerpflückt und die Gewerkschaftsführer bekamen manch bittere Pille zu schlucken. Die unbestreitbaren Erfolge der Gewerkschaftsarbeit wurden verkleinert und die längst totegelebte Theorie der absoluten Verelendung feierte ihre Auferstehung. Das Massenelend, eine Folge der unsinnigen kapitalistischen Produktionsweise, mußte herhalten, um die Stühlpfeiler der Gewerkschaften und ihre Ausblickslosigkeit zu beweisen; die unrettung richtige Tat-sache, daß zehntausende Arbeiter trotz aller gewerkschaftlichen Agitations- und Organisationsarbeit noch heute ein menschenunwürdiges Dasein führen, wurde benützt, um über die Gewerkschaftsbewegung den Stab zu brechen. Überall machte sich eine Mißstimmung bemerkbar in den Mitgliederkreisen und die Auffassung, daß die Gewerkschafts-bewegung ihren Höhepunkt überschritten habe, schlug immer mehr Wurzel in den Massen.

Man müßte es als ein Wunder bezeichnen, wenn diese sozial-geistige Strömung nicht sofort ihren Widerhall in der sozialen Theorie gefunden hätte, und in der Tat erschien auch sofort Kautsky mit seinem Buche: Der Weg zur Macht auf der Bildfläche. Er verkannte allerdings keineswegs die Leistungen der Gewerkschaften in der jüngsten Vergangenheit, aber er stritt ihnen für die Zukunft wesentliche Erfolge ab. Die Unternehmerorganisationen legen dem Fortschritt der Arbeiterklasse durch die gewerkschaftlich-

Organisation immer größere Hindernisse entgegen. Ganz willenlos sind ihnen gegenüber die Gewerkschaften nicht. Aber ihr siegreicher Vormarsch findet sich in den letzten Jahren immer mehr gehemmt, sie werden allenthalben in die Defensive gedrängt, dem Streik wird die Ausübung immer öfter und immer wirksamer entgegengesetzt. Die günstigen Zeitpunkte, in denen sie noch erfolgreich Schlagenschlagen können, werden immer seltener."

Kautsky malte grau in grau, indem er die der Gewerkschaftsbewegung entgegenstehenden Hindernisse in dunklen Farben schilderte, während er die in ihr noch schlummernden und zu entseßenden Kräfte unberücksichtigt ließ. Vor allen Dingen wies er auf die wachsende Macht der Unternehmerverbände hin, die mehr als je einen ernsten Ring bilden, den durch bloße gewerkschaftliche Mittel zu sprengen unmöglich sei, was, nebenbei bemerkt, noch kein Gewerkschaftler behauptet hat. Er wies auf die Entwertung des Geldes hin und behauptete, daß der Reallohn des Arbeiters heute tiefer liege als vor einem Jahrzehnt. "Das nennt man einen langsamen, aber sicheren Aufstieg des Arbeiters", fügte er hinzu, ohne zu bedenken, daß er diesen Aufstieg noch vor wenigen Jahren selbst herabgehoben hatte.

Sie hatten wir offenbar die absolute Verelendungstheorie in Kainkultur, denn wenn es wahr ist, daß der Reallohn des Arbeiters geringer ist als früher, daß man also für den gestiegenen Arbeitslohn weniger kaufen kann als vorher, so hat sich die Lebenshaltung des Proletariats absolut und relativ verschlechtert. Gegen diese Verelendung ist nach Kautsky Meinung die Gewerkschaftsbewegung machtlos, und es muß eine andere Methode des Kampfes, die mehr Erfolg verspricht, angewendet werden. "So wichtig, ja unentbehrlich die Gewerkschaften sind und bleiben, wir dürfen nicht erwarten, daß sie durch rein gewerkschaftliche Methoden das Proletariat noch einmal so mächtig vorwärtsbringen, wie es ihm im letzten Dutzend Jahre gelang. Wir müssen sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß die Gegner die Kraft gewinnen, es jetzt wie wieder zurückzudrängen. Es ist bemerkenswert, daß schon in den letzten Jahren der Prosperität, als die Arbeiter nicht mehr in Mitleidenschaft gezogen waren, ihren Reallohn — das heißt ihren Lohn nicht in Geld, sondern in Lebensmitteln gemessen — zu erhöhen, daß er vielmehr zurückging. Das ist für verschiedene Arbeiterkategorien in Deutschland durch private Untersuchungen nachgewiesen worden."

Und das Endergebnis ist, daß die Gewerkschaften immer mehr "politische Aufgaben" bekommen und daß das Schwergewicht der proletarischen Aktion wieder mehr als in den letzten zwei Jahrzehnten in die Politik verlagert wird. Die politische Entwicklung wird die Massen in eine revolutionäre Stimmung hineintreiben, meinte Kautsky, und das neue anbrechende revolutionäre Zeitalter wird das Tempo des Fortschritts zu einem rapiden machen. "Es ist ganz unglücklich (!), wie rasch in solchen Zeiten die Masse der Bevölkerung lernt und zur Klarheit über ihre Klasseninteressen gelangt. Nicht nur ihr Mut und ihre Kampfeslust, sondern auch ihr politisches Interesse wird aufs mächtigste angefeuert durch das Bewußtsein, daß jetzt der Moment gekommen ist, die Ketten zu zerbrechen, die man so lange getragen, und sich endlich aus jenseitiger Nacht zu heller Sonne und glorievoller Empörung zu erheben. Selbst der Kräfte wird jetzt empfindlich, selbst der Feigste kühn, selbst der Beschränkteste erhält einen weiteren Blick. In solchen Zeiten vollzieht sich in Jahren eine politische Erziehung der Massen, die sonst Jahrzehnte gedauert hätte."

Da haben wir denn wieder den politischen Optimismus, der um so heller strahlt, je dunklere Farben der gewerkschaftliche Pessimismus in das Zeitgemälde hineingemischt hat.

Bei ruhiger Ueberlegung muß man ohne Zweifel zugeben, daß ein politischer Optimismus in den letzten Jahren an und für sich wenig Grund vorhanden gewesen ist. Die letzte Reichstagswahl war nicht gerade danach angefallen, übertriebene Hoffnungen zu erregen. Auch die Erfolglosigkeit des proletarischen Widerstandes gegen die steigende Belastung der Volksmassen durch Steuern und Zölle konnte keine Begeisterung auslösen.

Zum Glück für die Kampfkraft erregte die wachsende Volksbedrückung die Gemüter der Proletariat, und auch breite Schichten des Mittelstandes begannen rebellisch zu werden. Die Folge davon war, daß bei den habsburgischen, sächsischen und preussischen Landtagswahlen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bedeutend stieg, daß bei verschiedenen Nachwahlen zum Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit erzielt wurde und daß zahlreiche Arbeitervertreter in die Stadtparlamente einzogen. "Die rote Flamme steigt mannigfaltig!" jubelten die Parteizeitungen und in den Arbeitermassen fand die Meinung immer mehr Anhang, daß nur der politische Kampf den heißersehnten Sieg bringen werde. Demzufolge sind die

Glaube an die Möglichkeit, auf gewerkschaftlichem Wege Erfolge zu erzielen, immer tiefer, und in mancher Versammlung wurden Stimmen laut, die die Gewerkschaftsbewegung für einen halb überwundenen Standpunkt erklärten. Die Gewerkschaftsführer wissen ein Lied davon zu singen und die "radikalen" Genossen, die die soziale Frage auf dem Podium einer Versammlung behandeln, haben ihnen manche bittere Stunde gemacht. Und als noch das Festschlagen der Tarifverhandlungen in verschiedenen Branchen hinzukam, warf man den Gewerkschaftsgebern hundert über Bord und plätscherte munter in den Wellen politischer Illusionen.

So schwankt denn die Arbeiterklasse zwischen Optimismus und Pessimismus hin und her, anstatt ruhig und unbeirrt den Weg fortzusetzen. Und doch ist in einem solchen Kampfe, wie das Proletariat ihn zu führen hat, die Zielbewußtheit und die Zielsicherheit das erste Erfordernis. Wohl darf die Weigerung und die Hoffnung auf den endlichen Sieg in der Massen nicht erloschen werden, aber ebenso notwendig ist die Nüchternheit und die nüchternere Berechnung. Ein so schwerer geistiger Feind, wie der Kapitalismus, dem alle möglichen Hilfsmittel zu Gebote stehen, läßt sich nicht in einem Ansturm über den Haufen rennen und in den Sand streuen, mögen die Illusionisten sagen, was sie wollen; nur ein unablässiges, unaufhaltbares Vorwärtsschreiten kann uns den Sieg bringen.

Aber nicht nur in bezug auf die eigene Kraft und den richtigen Weg bewegen sich die Massen in Extremen, sondern auch über die fördernden oder hemmenden Einflüsse von außen geben sie sich Illusionen hin. Wie zahllose Arbeiter gibt es noch heute, die trotz aller Erfahrungen der letzten Jahrzehnte immer noch aus den Kaltniederungen ihres eigenen Daseins emporblicken zu den Höhen des Lebens, wo die Mächtigen der Erde thronen. Mit voller Hoffnung harren sie auf die Nachhader, von denen nach ihrer Meinung das Wohl und Wehe der Gesellschaft abhängt. Die einen rechnen auf die soziale Wirklichkeit des Christentums, die anderen auf die steigende Güte der Unternehmer, wieder andere hoffen, daß die Fürsten und Regierungen ihnen das Heil bringen sollen. Da ist es denn nötig, daß die Masse einen tieferen Einblick gewinnt in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Kräftekräfte und daß sie sich die Ueberzeugung und Tätigkeit einzelner Personen und Gruppen abgewöhnt; sie muß erkennen, daß der Segen nicht von oben kommt, sondern aus der eigenen Kraft hervorzugehen, daß die geschärfte Güte und der gestählte Wille die Vorbedingungen eines Sieges sind.

Vor allen Dingen muß das Proletariat seine eigene Kraft und die des Gegners mit ruhigem Blick abschätzen, weil sich jeder Irrtum in dieser Beziehung bitter rächt. Wie es falsch ist, die eigene Kraft zu unterschätzen und die Widerstandsfähigkeit des Kapitalismus zu überschätzen und infolgedessen am Siege zu verzweifeln, so ist auch die gegenteilige Ansicht falsch, die den sozialen Kampf als ein Kinderspiel betrachtet. Es ist eine Verkennung der Wirklichkeit, wenn man das Proletariat als einen Riesen ansieht, der einhererschreitet mit eigenen Sandalen und wallendem Lockenhaar und den allerstärksten Kapitalismus an die Wand drücken wird, daß er quetscht, es ist aber auch ein ebenso großer Fehler, aus den offenbar vorhandenen Mängeln und Fehlern des Proletariats auf die Unmöglichkeit eines proletarischen Sieges schließen zu wollen.

Uebertriebener Optimismus und übertriebener Pessimismus sind schlechte Berater im proletarischen Befreiungskampfe und ein im Vormarsch begriffenes Heer muß sich von beiden Extremen fernhalten. Wohl sind die Menschen in ihren Temperamenten verschieden, der eine sieht alles in rosigem Lichte, der andere betrachtet alles durch eine schwarze Brille, aber eine Klasse, die um ihr Emporstreben aus wackerem und geistigem Stande ringt, darf nicht hin und her schwanken wie ein Rohr im Winde. Nicht bei jedem Fehlschlage verzweifeln und die Hände ins Korn werfen, und nicht bei jedem Siege aufjubeln, als ob das Ziel schon erreicht sei — das muß die Parole sein. Wie viel in dieser Beziehung noch zu bessern ist, das weiß jeder, der in der praktischen Arbeiterbewegung steht. Aber diese Arbeit muß geleistet, die Masse muß erzogen werden; sie muß erzogen werden zu zielstrebigerem Vorwärtsschreiten, unbelümmert darum, ob der Kampf des Tages uns Siege oder Niederlagen in den Schoß wirft. Die Arbeiter dürfen nicht mehr jedem nachschlauen, der ihnen goldene Berge verspricht, sie dürfen sich auch nicht durch kränzelnde Ungläubigen ins Hochhorn jagen lassen; unbeirrt müssen sie ihres geraden Weges gehen in dem Bewußtsein, daß der bevorstehende Kampf ein harter und zäher sein wird, aber auch mit der festen Zuversicht, daß der Sieg kommen muß und kommen wird.

Sturus.

Das moderne Akford- und Kalkulations-system in der Dreherei.

Von Rich. Müller, Berlin.

Die steigende Produktivität der Arbeit, die durch die rasche Entwicklung der letzten Jahrzehnte innerhalb der Metallindustrie erzielt wurde, ist nicht allein auf technische Neuerungen, auf Anwendung neuer Arbeitsmaschinen zurückzuführen, sondern wurde zum größten Teil durch eine geschickte Arbeitsverteilung und ein raffiniertes Akford-System erreicht. Die Maschinenarbeit, vorwiegend die Dreherei, ist der Zweig der Metallindustrie, wo sich diese Entwicklung am deutlichsten bemerkbar gemacht hat. Das Bestreben der Unternehmer, die Dreher für individuellen Höchstleistung anzuspornen, fand seinen stärksten Widerstand an dem Wesen der Dreherei selbst. Es war und ist heute noch schwer für die Dreher, die höchste Leistungsfähigkeit festzustellen, weil diese Arbeit wenig von Körperkraft, um so mehr aber von Intelligenz, Erfahrung, Arbeitsmaschine, Werkzeugen und nicht zuletzt von dem ganzen technischen Stand des Betriebes abhängig ist. Weil es den Unternehmern nicht möglich war, direkt die Höchstleistung der Dreher festzustellen und eine sichere Grundlage für die Kalkulation zu schaffen, wurden alle nur möglichen Mittel versucht, um nach und nach doch diese Höchstleistung zu erzielen.

Die Grundform dieser Mittel bildet das Akford-System, dazu bestimmt, die individuelle Arbeitskraft reiflos auszunutzen, was aber nur erreicht werden kann, wenn sich die Zeitdauer zielstrebig vorher festlegen läßt. In der Dreherei ist das schwer. Die Unternehmer mußten deshalb auf verdeckten Wegen zu erreichen suchen, was direkt nicht zu erreichen war, um nach und nach den richtigen Akfordpreis zu finden. Es würde zu weit führen, alle die Versuche, die zu diesem Zwecke gemacht wurden, hier ausführlich zu behandeln, sind sie doch so zahlreich, so verschieden, daß sie im Rahmen eines Artikels gar nicht behandelt werden können. Von allen diesen Versuchen kann aber gesagt werden, daß sie vollständig fehlschlagen. Selbst die "Meisterwirtschaft", die den Meister als unmittelbaren Vorgesetzten, als Sachmann, die Festsetzung der Akfordpreise übertrug, hat vollständig versagt. Den Meistern wird mehr und mehr diese Funktion abgenommen. Die Herren spielen häufig nur noch eine ziemlich lässliche Rolle.

Im modernen Großbetriebe ist man seit einer Reihe von Jahren dazu übergegangen, für die Festsetzung der Akfordpreise besondere Bureaus einzurichten. Es sind dies die Kalkulations-Bureaus, deren Aufgabe es ist, die "richtigen" Akfordpreise zu finden. Wie diese Bureaus arbeiten, kann man in R. Wolb's vorzüglicher Schrift: Der industrielle Großbetrieb (Verlag J. S. W. Dieckmann, Stuttgart 1911) kennen lernen. Wolb schreibt über die Kalkulation auf Seite 81:

"Der Arbeitsvorgang, in möglichst viele Teiloperationen zerlegt, wird durch Kontrollröhren und Zeitstudien beobachtet und registriert. Nach dem Kartotheksystem werden alle Beobachtungen über die vorhandenen Einzelheiten gesammelt, so daß jede Bewertung neuer Arbeitspreise nicht mehr gefühlsmäßig geschieht, sondern methodisch ermittelt werden kann." Und auf Seite 83: "Soll eine neue Arbeit eingeschätzt werden, so greift der Kalkulationsbeamte in seinen Kartotheklisten und sucht den Stof von Arbeitsarten für die am meisten ähnlichen Arbeitspositionen heraus."

Danach werden die Akfordpreise festgesetzt. Dieses moderne Kalkulationssystem, das sich mehr und mehr in den Großbetrieben breitmacht und auch in zahlreichen mittleren Betrieben zu finden ist, bedeutet eine schwere Gefahr für die Dreher. Würde dadurch der richtige Preis gefunden, könnte man wohl damit zufrieden sein; aber das ist nicht der Fall. Wer die Berliner Großbetriebe kennt, wird einen Blick in die Praxis dieser Bureaus geworden sein, wird sofort ihre unheilvolle Wirkung erkannt haben. Man braucht nur einen Tag bei der Meisterfirma Ludwig Löwe gearbeitet zu haben, um die Wirkung am eigenen Leibe kennen zu lernen und genau so ist es in vielen anderen Betrieben auch. Das schlimmste ist, daß man gegen dieses System nur schwer etwas machen kann. Der Preis wird von der Kalkulation festgesetzt und dabei bleibt es. Wehe dem, der nicht die nötigen Kenntnisse hat, um die Unmöglichkeit dieser Kalkulation von Fall zu Fall nachzuweisen und dadurch eine Besserung herbeiführen zu können. Es ist keine Seltenheit, daß Dreher bei Ludwig Löwe mit 12, 15 und 20 M. Wochenverdienst nach Hause gehen müssen.

Die Wirkung dieser Kalkulation tritt auch in dem häufigsten Wechsel der Arbeitsstelle klar zutage. Wenn man dabei bedenkt, daß ein Wechsel der Arbeitsstelle in Berlin mit seiner räumlich großen Ausdehnung, die es naturgemäß mit sich bringt, daß die neue Arbeitsstelle oft nur durch hundertlange Bahnfahrt zu erreichen ist, stets mit großer Gefahr für die Existenz verbunden ist, kann man die Wirkung erst richtig würdigen. Mit der Ausdehnung dieser Kalkulationsmethode hat auch der Wechsel der Arbeitsstelle Schritt gehalten. Die

Aus dem Leben August Bebel's.

Dem ersten Band der Lebenserinnerungen August Bebel's, der in der Zeit seines 70. Geburtstages erschien, ist jetzt der zweite gefolgt. Der erste Band führte uns in die entscheidungsvollen Kinderjahre des großen Arbeiterführers und zeigte, wie er als junger Balthasar sich tapfer den ersten Wunden eroberte, von dem aus er dann jahrzehntelang die politische Kampfeslinie der deutschen Arbeiterklasse leitete und festhalten half. Der zweite Band zeigt uns Bebel gleich mitten in dem Meinungsstreit, der sich im Innern zwischen den beiden getreuen marktschreiernden Flügeln der jungen Arbeiterbewegung abspielte; er zeigt uns ihn aber auch in den schweren Kämpfen mit der bürgerlichen Welt, die mit dem selbständigen Einsetzen der Arbeiterschaft ins politische Leben unabweislich verbunden waren. Dieser Band umfaßt etwa die Zeit von 1867 bis 1878. Ein weiterer und letzter Band, den Bebel in Aussicht stellt, soll die zwölf Jahre Sozialistengesetz, die "Grenzzeit" der Partei umfassen. Wer die beiden ersten Bände liest, wird wahrlich, daß der dritte bald nachfolgt, denn die Erinnerungen Bebel's sind für die Geschichte der deutschen Politik im letzten halben Jahrhundert von unschätzbarem Wert. Er selbst bemerkt im Vorwort, der zweite Band, der 420 Seiten umfaßt, sei ihm unter den Händen zu einer Art Geschichte der Partei gewachsen, was erklärlich ist bei der Erwägung, die er in der Partei erlangt habe. Gewiß, wer so mit seinem ganzen Leben in einer Volksbewegung aufgewacht, wie Bebel in der sozialdemokratischen Bewegung, dessen Lebenserinnerungen müssen ein Geschichtsbuch dieser Bewegung werden.

Ein besonderer Vortrag des Bebel'schen Buches ist die Frage nach Lebensfähigkeit, mit der es von ersten bis zum letzten Blatt geht. Auch die Darstellungen, die sich an bereits bekannte Vorgänge anknüpfen, enthalten nicht das Besondere Neues, das sie gewandt sind in dem Ganzen des persönlichen Erlebens. Ein zweiter Vortrag des Buches ist die Geschichte der Einigkeit des Stills, die jedem Arbeiter das Leben desselben zum Gemüß macht, während die Geschlossenheit und Festigkeit der Anstandsweise, die in

manchen Arbeiter- und Arbeiterinnenblättern anzutreffen ist, das Leben der betreffenden Geistesprodukte vielen Arbeitern zur Qual macht. Bebel's Buch zeigt zugleich, daß die Schlichtheit keineswegs der Feind der Unmittelbarkeit ist. Trotz der abgemessenen, schundlosen Sprache, in der Bebel schreibt, tritt uns das lebhafteste Temperament dieses vorwärtsdringenden Geistes scharf vor Augen.

Es ist wenig rein Persönliches in diesem Buche enthalten. Obgleich der junge Bebel schon in den Entwicklungsjahren der Sozialdemokratie eine hervorragende Rolle spielt, läßt er seine Persönlichkeit in der Schilderung der Kämpfe, an denen er beteiligt war, zurücktreten. Nur ganz flüchtige Andeutungen sind es, die seine geistlichen und Gemütsverhältnisse. Er hätte den Vorhang vollständig zurückziehen dürfen. Denn die treue Genußlosigkeit, die ihm seine allzeit treu jorgende Gattin, die er im vorigen Jahr durch den Tod verloren hat, bereitet, die innige Zärtlichkeit, mit der sein Töchterchen an ihm hing, die Sorge und Pflege, die er seiner kleinen Dreherei in Leipzig, der Strohblase seiner Erbin, widmete, die anspornende Energie und Geistesfreiheit, die die treue Frau entfaltet haben muß, wenn sie den Mann während der parlamentarischen Tätigkeit und der jahrelangen Insassenzustellungen im Gefängnis zu vertreten hatte, das alles wären herzerweichende Bilder für den Leser gewesen. Bebel läßt diese intimen persönlichen Dinge fast völlig unberührt, stellt seine Person überaus in den Hintergrund, jedoch es die Darstellung der politischen Kämpfe nur irgend gestattet.

Die sozialdemokratische Bewegung war bekanntlich bis zum Jahr 1875 gespalten. Auf der einen Seite fand der Allgemeine deutsche Arbeiterverein, den Lassalle 1863 gegründet hatte, auf der anderen die Eisenacher Partei. Diese war hervorgegangen aus den ursprünglich unpolitischen Arbeiterbildungsvereinen, die aber bald auch zu politischen Fragen Stellung nahmen, sich zum Verband der deutschen Arbeitervereine mit Bebel als Vorsitzenden zusammenschlossen, auf ihrem Verbandstag in Nürnberg im Jahr 1868 sich zum Programm der internationalen Arbeiterassoziation bekannten. Jetzt werden die vollständigen Elemente abgelesen und die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorbereitet, die schließlich 1875 auf dem Kongreß von Eisenach erfolgte. Im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, der von Anfang an eine politische Organisation war und als höchstes Ziel die Eroberung des all-

gemeinen Wahlrechtes betrachtete, hatte nach dem von Lassalle geschaffenen Vereinsstatut der Präsident eine alles überragende Stellung inne. Der erste Präsident war Lassalle. Nachdem Lassalle Ende August 1864 im Duell gefallen war, wurde auf seine testamentarische Empfehlung der Schriftsteller Bernhard Weyer zum Präsidenten gewählt, dieser aber war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Der geistige Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde jetzt J. S. W. Schweiker, der vom Dezember 1864 an den Sozialdemokraten herausgab und in den Dienst der Vereinsbewegung stellte. Im Mai 1867 wurde Schweiker auch zum Präsidenten des Vereins gewählt und verblieb in dieser Stellung bis zum Mai 1871. "Die Periode des Herrn v. Schweiker" schildert Bebel im ersten Abschnitt seines Buches, der allein 137 Seiten einnimmt. Es ist dies die Periode des bittersten Bruderkampfes.

Der Hauptstreitpunkt war die Stellung Schweikers zur Bismarckschen Politik. Schweiker war ursprünglich Großdeutscher; er wollte ein Gesamtdeutschland unter Einfluß Oesterreichs, möglichst mit österreichischer Spitze schaffen. Bismarck aber ging großpreussischen Zielen nach; er strebte ein deutsches Reich unter Preußens Oberherrschaft an. Trotz seines großdeutschen Standpunktes war Schweikers Haltung der Bismarckschen Politik gegenüber unklar, widerspruchsvoll, doppelzüngig, und daraus resultierten Bebel und Liebknecht die Anklage ab, daß er den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein wider Wissen und Willen des weitestens größten Teils seiner Mitglieder im Interesse der Bismarckschen Politik leitete. Bebel erhebt gegen Schweiker direkt den Vorwurf, daß er der bezahlte Handlanger Bismarcks gewesen und den Zweck verfolgte, eine der Regierung politisch gefügige Arbeiterbewegung zu schaffen. Den glänzenden Fähigkeiten Schweikers läßt Bebel alle Gerechtigkeit widerfahren, bis an sein Lebensende hätte er der unbeschränkte Führer der Partei bleiben können, wenn er so ehrlich gewesen wäre, wie er es nach Bebel's Urteil nicht war. Für Schweiker sei die Bewegung, der er sich nach vielen Irrfahrten angeschlossen, nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck gewesen. Er habe eine Rolle spielen, nicht bloß der Führer, sondern der Beherrscher der Bewegung sein wollen. Die Art, wie er den Massen zu schmeicheln verstand, ist mir in ähnlichem Maße nie mehr begegnet, jagt Bebel. "Sich selbst stellte er als ihr Werkzeug hin, das nur dem Willen des souveränen Volkes" gehorche, dieses souveränen

* Aus meinem Leben. Von August Bebel. Zweiter Teil. Stuttgart. J. S. W. Dieckmann. Oct. 3-4, brosch. 2,50 M.

Dreher stehen von allen in der Großindustrie beschäftigten Branchen an erster Stelle. Von den am Jahresabschluss 1910 als Mitglieder eingeschriebenen 7726 Dreherm meldeten sich 4911 (297 Schraubendreher) arbeitslos. Das sind 63 Prozent. Daß das nicht immer so gewesen ist, zeigt eine Aufstellung der letzten neun Jahre. Die sich arbeitslos meldenden Mitglieder betragen im Vergleich zur Zahl der Einschriebenen:

1902 = 26 Prozent	1905 = 40 Prozent	1908 = 58 Prozent
1903 = 31	1906 = 46	1909 = 56
1904 = 31	1907 = 57	1910 = 63

In diesem fortlaufend wachsenden Wechsel der Arbeitsstelle, der nur im Jahre 1909 durch die damals eintreffende Besserung der Konjunktur aufgehalten wurde, dagegen 1910 trotzdem wieder emporschnellte, spiegeln sich die Folgen des modernen Kalkulationsystems. Diese Erscheinung ist nur auf die Tätigkeit der Kalkulationsbureaus zurückzuführen. Es kann nicht bestritten werden, daß die Aktionsfähigkeit der Organisation durch diesen übergroßen Arbeitswechsel geschädigt wird, der feste Stützpunkt unter den Kollegen verliert. Nicht allein, daß ein dauerndes Arbeiten unmöglich gemacht wird, die Aktionsfähigkeit leidet, auch in anderer Beziehung wird dieses System schwere Gefahren in sich. Durch die zu niedrig angelegten Preise werden die Dreher zu einer Heerarbeit getrieben, die auf die Dauer nicht ohne Nachteile für die Gesundheit bleiben kann. Dazu kommen die bei jeder Arbeit notwendig werdenden Verhandlungen mit der Kalkulation, was keinesfalls eine leichte Sache ist und die bei den Dreherm ohnehin schon vorhandene Nervosität noch steigert.

Dieses ganze Kalkulationsystem ist nichts weiter als eine verfeinerte Spekulation. Der Antreiber braucht nicht mehr direkt hinter dem Dreher zu stehen, er sitzt im Kalkulationsbureau wohl geborgen, setzt willkürliche Preise fest und zwingt den Arbeiter zu wahnwitzigen Arbeiten oder zum fortwährenden Wechsel der Arbeitsstelle. Die Methode der Arbeitszeitkontrolle, die diesem System als Grundlage dient, bezeichnet Wolbt als „verhältnismäßig gütlich“. In der Praxis verfährt sie vollständig. Es ist unglücklich, was oftmals auf Grund dieser Zeitstudie für Preise festgestellt werden. Es mag zugegeben werden, daß dies zum Teil an den ungeeigneten Elementen liegt, die in diesen Bureaus tätig sind, die meistens die Drehbank nicht weiter kennen als dem Namen nach, von der Dreherei überhaupt nicht zu reden. Aber wenn selbst Fachleute diese Tätigkeit ausüben würden, würde niemals der richtige Marktpreis zustande kommen, müssen sie doch immer bedacht sein, möglichst niedrig zu kalkulieren.

Es ist überhaupt ein Unfug, auf Grund einer „ähnlichen“ Arbeit einen Marktpreis festzusetzen, der Begriff „ähnlich“ ist jedenfalls sehr bedenklich, vollends wenn er von einem Handlanger des Unternehmers angewandt wird. Dazu kommt, daß es keinesfalls sicher ist, daß der Preis für die „ähnliche“ Arbeit der richtige war, ob hier nicht vom Arbeiter bereits Schiedungen gemacht wurden, um überhaupt etwas verdienen zu können. Nach meinen Erfahrungen kommt es den Herren Kalkulatoren aber auch weniger auf die Festsetzung des richtigen Preises an als vielmehr darauf, möglichst niedrig zu kalkulieren, um alles aus dem Dreher herauszuholen. Ein Kalkulator der B. m. a. g., den ich auf seine unsinnige Kalkulation aufmerksam machte, erklärte mir offen: „Sie bekommen ja mehr, aber ich kann doch wenigstens sagen, ich habe's versucht.“ Die wenigen Worte kennzeichnen das ganze System zur Genüge. Sollte diese moderne Kalkulation eine sichere Grundlage, so müßten auch stichhaltige Beweise für die Richtigkeit der daraus hervorgegangenen Preise gebracht werden können. Dies ist aber nicht der Fall. Der einzige Beweis, der beigebracht wird, ist die Behauptung, daß die Arbeit schon für diesen Preis gemacht worden sei, was niemand nachprüfen kann, womit aber auch die ganze Weisheit der Herren Kalkulatoren erschöpft ist.

Eine richtige Kalkulation kann nur zustande kommen, wenn der Dreher bei der Festsetzung der Preise mitreden darf. Das Wesen der Dreherei ist so vielseitig, daß es dem einzelnen gar nicht möglich ist, alles, was bei der Kalkulation berücksichtigt werden muß, kennen zu können. Der Dreher, der die Arbeit auszuführen hat, wird immer der beste Kalkulator sein, zumal wenn er schon längere Zeit im Betriebe tätig ist. Dieses Kalkulationsystem, wie es immer mehr und mehr eingeführt und sich zweifellos auch halten wird, verdient unsere größte Beachtung. Wir müssen danach trachten, die Mittel und Wege zu finden, mit denen wir Kraft unserer starken Organisation dieser verheerenden Heilmethode die Spitze ausbrechen können. Leider sind diesbezügliche Anregungen von der Berliner Branchenkommission der Dreher, als zuständige Instanz, vollständig unberücksichtigt gelassen worden, trotzdem gerade in Berlin die Zustände unhaltbar geworden sind, wovon die obige Tabelle ein kleines Bild gibt. In einem weiteren Artikel will ich versuchen, durch Beispiele die Unsinnigkeit der modernen Kalkulation nachzuweisen und im Anschluß daran die Wege zeigen, die zur Bekämpfung beschritten werden müssen.

Vollst, das nur seine Zeitung las und dem er seinen Willen suggerierte. Wer aber wider ihn zu lären wagte, der wurde der niedrigsten Notwendigkeit, als eine Viertel- oder Achtsintelligenz gebrandmarkt, die sich über die braven christlichen Arbeiter erheben wolle, um sie im Interesse ihrer Gegner zu mißbrauchen.“ Ein Demagoge großen Stils sei Schweitzer gewesen, der die Massen zu fanatisieren und damit seine absolute Herrschaft im Verein auf Jahre zu sichern wußte. Auch die Eitelkeit habe ihn geblüht, wofür Bebel unter anderem anführt, daß Schweitzer nach seinem Sieg bei der ersten Wahl zum Norddeutschen Reichstag in Barmen-Eberfeld sich im Triumph in einem mit vier Schimmeln bespannten Wagen durch die Stadt fahren ließ, ein Bergnügen, das er sich später in anderen Städten noch einmal leistete. Auch der Umstand, daß Schweitzer mehrfach wegen politischer Vergehen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurde, spreche nicht dagegen, daß er im Dienste Bismarcks gestanden habe. Die Regierungen pflegten ihre Beziehungen zu politischen Agenten nicht den Staatsanwälten und Richtern auf die Kasse zu binden. Die Verurteilungen wären auch geeignet gewesen, das gegen Schweitzer in den eigenen Reihen sich regende Mißtrauen zu beseitigen. Und außerdem seien Schweitzer während der Strafverbüßung auffallende Vergünstigungen und Milderungen gewährt worden, wie sie nie wieder ein politischer Gefangener genießen habe.

Nach der persönlichen Seite hin soll das Charakterbild, das Bebel von Schweitzer entwirft, nicht angefochten werden. Solange „Demagogen großen Stils“ gibt es, sie sind auch in der Gegenwart noch nicht ausgestorben. Die Politik Schweitzers aber würde sich auch erklären lassen, wenn man Schweitzer nicht als einen von Bismarck bestochenen Agenten ansieht. In das Verhältnis der Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Bismarck spielte in seinen Jahren ein Moment hinein, das uns heute zum Lächeln reizt, damals aber von großer Bedeutung war. Unter dem preussischen Dreiklassenwahlrecht, das 1849 durch den Staatsstreich eingeführt worden war, hatte der Fortschritt anfangs der 60er Jahre die Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus und machte dem Ministerpräsidenten Bismarck das Leben sauer, indem er ihm die Militärreform entwürfte ablehnte. Der Konflikt dauerte mehrere Jahre, und Bismarck kam schließlich auf den Gedanken, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die Opposition zu besiegen. Die häufigen langen internen

Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1911.

Die Zählung der Mitglieder unseres Verbands im 3. Quartal hat vorläufig in 446 Verwaltungstellen einen Mitgliederbestand von 506 958 ergeben. Das ist ein Mehr von 7590 Mitgliedern gegen den Schluß des 2. Quartals. Die Zählung ergab 480 118 männliche und 26 840 weibliche Mitglieder.

In den Verwaltungstellen hatten sich 26 763 männliche und 470 weibliche Mitglieder, zusammen 27 233 arbeitslos gemeldet. Die Prozentzahl der Arbeitslosen gegenüber der Mitgliederzahl beträgt danach 5,4. Im 2. Quartal betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen 27 528, gleich 5,5 Prozent der Mitglieder. Relativ und prozentual ist also die Zahl der Arbeitslosen im 3. Quartal etwas geringer.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 366 906 gegen 351 489 im 2. Quartal, mithin 15 417 Arbeitslosentage mehr. Die Durchschnittsbauer eines Arbeitslosentages betrug 13 Tage. An Arbeitslosenunterstützung wurde an 15 271 männliche Mitglieder für 266 835 Tage 287 509 M. und für 323 weibliche Mitglieder für 7548 Tage 4098 M. ausbezahlt.

Die Zahl der auf der Reise befindlichen Mitglieder läßt sich nicht genau feststellen, da diese öfter gezählt werden, weil sie in mehr als einer Verwaltungstelle Unterstützung erhalten. Hier haben wir uns zu beschränken auf die sogenannten Stichtage, die jeweils auf den letzten Arbeitstag der letzten Monatswoche fallen. Es wurden als auf der Reise befindlich gezählt am 29. Juli 1092, am 26. August 1119, am 30. September 728 Mitglieder. Zusammen im 3. Quartal 102 149 Reisetage. In 41 199 Fällen wurde 97 608 M. Reisegehalt ausbezahlt. Die Summe des gezahlten Reisegehalts im 2. Quartal betrug 93 808 M. Die Gesamtsumme für Arbeitslosenunterstützung am Orte und für die auf der Reise befindlichen Mitglieder betrug im 3. Quartal zusammen 389 215 M. gegen 418 277 M. im 2. Quartal. Die nachstehende Aufstellung orientiert über den Grad der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Landesteilen:

Landesteil	Im 3. Quartal haben sich arbeitslos gemeldet	Prozentzahl der Arbeitslosen zur Mitgliederzahl	Durchschnittsbauer eines Arbeitslosentages	Durchschnittsbauer der unterstützten Arbeitslosigkeit
Ost- und Westpreußen u. Pomm.	476	4,6	13 Tage	18 Tage
Berlin und Brandenburg.	11 074	11,5	15	20
Posen und Schlesiens.	620	4,9	11	17
Provinz Sachsen u. Anhalt	1 100	3,4	18	15
Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Lübeck und Hamburg	2 623	6,9	13	18
Hannover, Oldenburg, Braunschweig u. Bremen	1 435	3,8	13	14
Westfalen	581	2,5	13	14
Rheinland	1 210	2,9	15	15
Großherzogtum Hessen und Pfalz	888	3,4	17	16
Bayern	1 823	4,1	12	17
Königreich Sachsen und Thüringische Staaten	4 496	5,0	10	15
Württemberg und Baden.	762	1,7	13	14
Schwarz- u. Rheinpfalz	145	1,8	1,6	15

Der „christliche“ Metallarbeiterverband — ein Abzahlungsgeschäft.

Die Konstatierung dessen, was ist, hat die leitenden Personen des Zentrums-Metallarbeiterverbandes gewaltig in Harnisch gebracht. Sie schimpfen, und wo ihnen dies nicht ausreichend erscheint, lügen sie, getreu den bisherigen Gepflogenheiten, daß sich die Walfen diegen. Also wir — so behaupten sie in Nr. 41 ihres Blattes — seien Beschützer der Kassenmarder. Gut gebrüllt, schwarzer Helliger. Aber doch nicht so gut, um damit Eindruck machen zu können. Denn nicht wir haben die „günstige Gelegenheit“ auszunutzen gesucht zum Mitgliederfang, sondern die „Christlichen“ haben sich systematisch darauf verlegt und so das Kassenmarderium gegünstigt!

Wir stellen nur fest: Vor dem 26. November 1910 erklärte die Ortsverwaltung Pforzheim unseres Verbandes, daß nach dem 26. November niemand mehr aufgenommen wird, und wer dann ausgesetzt werde, habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn er keine Unterstützung erhalte. Am 2. und 3. Dezember, als die Aussperrung eingetreten war und Tausende auf dem Pflaster lagen, die von keiner Seite etwas erhielten, da tam der „christliche billige Jakob“ mit großen Intenaten und versprach Unterstützung allen denen, die trotz des schon wochenlang schwebenden Kampfes, trotz aller Aufklärungsarbeit es nicht der Mühe wert gehalten hatten, sich der Organisation anzuschließen. Es war das vom Organisationsstandpunkt aus ein ganz verwerfliches und obendrein mehr als dummes Vorgehen. Jeder halbwegs Einsichtige mußte sich sagen, daß diese Leute, die erst dann kommen, wenn sie schon draußen liegen und keinen Pfennig

Unterhaltungen, die Bismarck im Winter 1863/64 mit Lassalle hatte, galten — darüber besteht heute kein Zweifel mehr — der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen auf dem Wege der Oktroyierung, das heißt der Aufzwingung von oben her. Bestimmte Angelegenheiten sprachen dafür, daß schon ein fertiger Plan ausgearbeitet war. Die Durchführung desselben verzögerte sich durch den dänischen Krieg, der im Frühjahr 1864 ausbrach. Auch nach Beendigung dieses Krieges und nach Lassalles Tode wurde dieser Plan nicht ausgegeben. Erst nach Beendigung des preussisch-österreichischen Krieges 1866, als dann der Norddeutsche Bund errichtet wurde auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts, wurde der preussische Oktroyierungsplan nicht mehr verfolgt, und nach den Erfahrungen, die dann Bismarck mit dem allgemeinen Wahlrecht machte, hat es ihn nach der Uebertragung desselben auf Preußen — noch dazu auf dem Wege der Gewalt! — nicht mehr gelüftet. Schweitzer hat von dem Bismarckschen Plan wohl schon durch Lassalle Kenntnis erlangt.

Jedenfalls herrschte Jahre hindurch im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein der Glaube an das Wunder, das Bismarck mit der Durchführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen vollbringen werde. Von diesem Glauben wird Schweitzers Talant beherrscht. Wie Lassalle so hat auch Schweitzer sich von der Durchführung des allgemeinen Wahlrechts einen so gewaltigen Aufschwung der Arbeiterbewegung, eine so totale Umwälzung der öffentlichen Zustände verprochen, daß ihm dies Ziel eintige taktische Schleich- und Winkelzüge wert schienen. So läßt es sich erklären, daß der listige Schweitzer als Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins alles tat, um Bismarck in der Annahme zu bestärken, daß die Arbeiterkraft, falls er das allgemeine Wahlrecht durchsetze, eine kräftige Stütze seiner Politik sein werde.

Wie dem aber auch sei, ob die Ansicht des persönlich in die Stämme mit Schweitzer verstrickt gewesenen Bebel völlig zutrifft, oder ob Mehring Recht hat, der in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Schweitzer als einen genialen Politiker feiert, oder ob die Wahrheit, was wahrscheinlich ist, in der Mitte liegt: das Kapitel Bebel über Schweitzer bietet einen tiefen Einblick in die schweren Kämpfe im Innern, die durchgeschritten werden mußten, ehe die Einführung 1875 auf dem Gothaer Kongreß gelang. (Schluß folgt.)

Unterstützung von irgend einer Seite erhalten, nicht aus Ueberzeugung, nicht als Kämpfer kommen, sondern einzig und allein aus den materiellen Gründen dort Anschlag suchen, wo sie hoffen dürfen, für die Zeit der Aussperrung einige Groschen zu erhalten.

Es hätte also für den „christlichen“ Verband sehr nahe gelegen, sich damals schon vor Kassenmardern zu schützen, wenn man nicht Mitgliederfang um jeden Preis hätte treiben wollen! Über der Mitgliederfang war der Zweck der Werbung, selbst auf die Gefahr hin, die selbstthätigsten Elemente der Arbeiterkraft mit den guten Groschen der bisherigen Mitglieder vor der größten Not zu schützen, statt ihnen ad oculos die Willkürherrschaft profitwilliger Unternehmer und die Notwendigkeit der Organisation gegen Unternehmervillkür zu demonstrieren. Der „billige christliche Jakob“ hat also nicht nur vom Standpunkt einer gewerkschaftlichen Organisation aus ungeeignet und dumm gehandelt, er hat obendrein noch die Gesetze der Unternehmung mit dem Geld seiner Mitglieder basorgt.

Er ging aber noch weiter. Er ließ die so Eingefangenen in seiner Kurzsichtigkeit Reberje unterschreiben, wonach die Unterstützungsempfänger sich verpflichten müssen, mindestens drei Jahre im „christlichen“ Zentrums-Metallarbeiterverband zu bleiben. Mit diesem Reberje ist schlagend bewiesen, daß man nur Mitglieder fangen wollte, selbst unter Hintansetzung aller gewerkschaftlichen Gepflogenheiten und Erfahrungen.

Wollte es eine Handvoll Lügen mehr oder weniger nicht ankommt, behaupten die „Christen“ freischweg, der Deutsche Metallarbeiterverband mache es ebenso wie sie. Wenn man schon das eine behauptet, so sollte man wenigstens der Wahrheit die Ehre geben und sagen, wie die Sache liegt. Ist man dies nicht, dann jagt man entweder bewußt die Unwahrheit oder man gesteht indirekt zu, daß man die Geschichte der gegnerischen Organisation nicht kennt. Freischweg wird behauptet, daß der Deutsche Metallarbeiterverband in seinem Verhaltensreglement eine Bestimmung habe, in der es in Bezug auf Streikunterstützungen heißt: „Die gewährten Unterstützungen sind Darlehen, worüber die Empfänger Schuldbeiträge auszustellen haben.“ Unsere Funktionäre werden wohl den Kopf geschüttelt haben, als sie dies in dem Zentrums-Metallarbeiterblatt gelesen haben. Eine solche Bestimmung stand einmal, sinngemäß nach dem bis 1899 geltenden Statut, im Verhaltensreglement. Wegen der völligen Wertlosigkeit wurde die Bestimmung 1899 auf der Salzigen Generalversammlung aufgehoben. Das ist zwölf Jahre her! In unserm jetzt geltenden Verhaltensreglement steht aber nicht eine Silbe von Darlehen. Es heißt da auf Seite 150:

„Alle am Streik beteiligten Mitglieder unter 26 Wochen sind nicht unterstützungsberechtigt und dürfen aus Verbandsmitteln keine Unterstützung erhalten. Eine Ausnahme hiervon ist nur bei Ausperrungen und in außergewöhnlichen Fällen nach vorausgegangenem Zustimmung des Vorstandes zulässig.“

Und weiter heißt es:

„Nichtbezugsberechtigte und Unorganisierte sind ausschließlich aus lokalen Mitteln zu unterstützen.“

Wo steht hier etwas von Darlehen? Wo davon, daß derjenige, dem man Unterstützung gibt, sich auf dreijährige Gefolgschaft verpflichten muß, wenn er nicht den Gerichtsvollzieher im Hause haben will?

In den Anfängen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation hat man geglaubt, sich auf die Welle schütten zu können, wie sie der „christliche“ Verband jetzt noch praktiziert. Es war aber nicht möglich, und deshalb nehmen wir in solchen Situationen eben keine Leute mehr auf. Bei uns sollte jederzeit die Bestimmung, daß Streikunterstützungen Darlehen sind, einzig und allein ein Vorbeugungsmittel sein gegen die Verübung von Streikbruch während eines Streiks. Nie und nimmer war sie aber die Verpflichtung zu jahrelanger Mitgliedschaft. Um dies aber zu handhaben, ist beim „christlichen“ Verband da liegt der Schwerpunkt der ganzen Sache. Nicht als Schutz vor Streikbruch sollte bei den „Christen“ die als Darlehen gewährte Unterstützung dienen, sondern man wollte auf diese Weise sich Mitglieder fangen, indem die ständige Prüfung mit ihrer Schuld sie veranlassen sollte, Mitglied zu bleiben.

Sind also die „christlichen“ Verbandsleiter so gut beschlagen auf dem Gebiet, daß sie von uns längst über Bord geworfene Bestimmungen aus einer Zeit, wo ihr Verband noch gar nicht existierte, zittern können, dann sollen sie auch so ehrlich sein und jetzt mitteilen, daß diese Bestimmung schon vor zwölf Jahren abgeschafft wurde.

Nun soll die von uns kritisierte eine Auflage, in der die „Christen“ 68 M. zurückfordern, gegen ein früheres Mitglied von uns gerichtet sein, das drei Wochen bei uns streikte, ohne Unterstützung zu erhalten. In ihrer bekannten Liebesstürdigkeit wollen die „Christen“ den Namen des Betreffenden vorläufig verschweigen. Ja warum denn? Wir fordern die „Christen“ auf, den Namen zu nennen, damit wir beweisen können, in welcher gewissenloser Weise sie schwindeln oder von einem erbärmlichen Wicht selbst angezündet wurden. Daß aber jemand, der bei uns streikte und als Streikender anerkannt war, keine Unterstützung erhalten haben soll, ist eine so niederträchtige Verleumdung, daß sie durch nichts überboten werden kann. Das gleiche gilt von der Kollegin Braun, der von den „Christen“ die Anrechnung ihrer Mitgliedschaft bei uns versprochen worden war. Es wurde ihr mitgeteilt, daß es nichts ausmache, wenn sie mit ihren Beiträgen aus dem Juli im Rückstand ist, diese Mitgliedschaft würde ihr trotzdem mit ihnen (den „Christen“) angerechnet. Erst später wurde ihr dann mitgeteilt, daß dies nicht geschähe. Also mit diesen Anwürfen ist es nichts. Sie stehen auf der gleichen Stufe der Wahrschamkeit wie andere echt „christliche“ Behauptungen.

Daß die „Christen“ über die ihnen so teuer zu stehen gekommenen und nun ausgeflossenen Mitglieder wütend sind, begreifen wir, ebenso, daß sie sich darüber ärgern, weil wir aufgedeckt haben, in welcher skrupellosen Weise sie Mitgliederfang betreiben. Und daß sie toll und grundlos den Gegner zu verächtlichen versuchen, begreifen wir auch, denn es jagte Dr. Sigal:

„Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“

Der Streit der Eisenformer und Gießereiarbeiter Berlins.

Im Stand des Streiks ist eine wesentliche Veränderung bis jetzt nicht eingetreten. Die vorherzusehenden Wirkungen des Streiks, Gutmangel und infolgedessen Aussetzen, oder auch Einschränkung der täglichen Arbeitszeit, zeigen sich von Tag zu Tag mehr. Auf unser Schreiben vom 9. Oktober, in dem wir den Metallindustriellen mitgeteilt hatten, daß die Form- und Gießereiarbeiter beschlossen haben, die Arbeit ruhen zu lassen, im übrigen aber zu Verhandlungen bereit seien, haben wir unterm 13. Oktober vom Verband der Metallindustriellen nachstehende Antwort erhalten:

An den Deutschen Metallarbeiter-Verband,
Berlin NW., Charlottenstr. 3.

Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 9. d. M. erwidern wir, daß wir bereit sind, die von Ihnen abgeordneten Verhandlungen fortzusetzen, sowie Sie uns mitteilen können, daß die streikenden Form- und Gießereiarbeiter ihre Arbeit wieder aufgenommen haben.

Hochachtungsvoll
Verband Berliner Metallindustrieller.

Der Vorsitzende: Ernst von Borgh.

Die am 17. Oktober abgehaltene Versammlung der Streikenden nahm zu diesem Brief Stellung. Die Streikenden waren in zwei Sälen untergebracht, in beiden Sälen aber war die Wirkung nach Verlesen des Schreibens die gleiche, nämlich fürwärtiges Geschick.

Nur wenige Worte wurden zu dem Schreiben geäußert und dann erfolgte, da ja schließlich durch Zustimmung die Meinung der Streikenden festgelegt werden mußte, in beiden Fällen ein stimmige Abklärung.

Was die Metallindustriellen mit diesem Schreiben eigentlich beabsichtigen, ist uns unklar. Daß sie erwarteten, wir würden auf dieses Schreiben eingehen oder die in diesem Schreiben gestellte Vorbedingung erfüllen, glaubt kein Mensch. Nach dieser Sachlage ist ein Ende des Streiks noch nicht abzusehen. Es ist deshalb notwendig, daß von Berlin bis auf weiteres der Zugang von allen zur Eisengießerei gehörigen Kollegen streng ferngehalten wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 29. Oktober der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November 1911 fällig ist.

Besüglich der im Jahre 1911 zu Ende gehenden Mitgliedsbücher erlauben wir, die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Einkostempfung der betreffenden Nummern in die Mitgliedsbücher keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der auszufertigenden zweiten und dritten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vor- und Zunamens, des Berufs, des Geburtsortes und -tages sowie des Tages des Eintrittes des Buchinhabers.

Die Bestellungen können nur erledigt werden, wenn für jedes zweite oder dritte Buch ein Beitrittschein, genau und deutlich ausgefüllt, eingesandt wird. Die bestellten Bücher werden alsdann mit der Hauptnummer versehen den Verwaltungsstellen zum Zwecke der Ausfertigung zugestellt.

Bestellungen auf eine Anzahl Bücher mit dem Bemerkten, daß die Hauptnummern an Orte eingestempelt und uns später die Beitrittscheine zugesandt werden, können nicht erledigt werden.

Die Entgegennahme der Unterstützungsbezüge, auf die besondere Sorgfalt zu verwenden ist, hat in der Weise zu geschehen, daß die Beträge bis zum 14. August 1910 summarisch, die einzelnen Unterstützungsarten jedoch getrennt aufzuführen sind. Vom 15. August 1910 an sind die Bezüge einzeln unter genauer Angabe der Bezugszeit und des Auszahlungstages einzutragen. Geschieht das nicht, dann läßt sich nicht zurückrechnen, ob und wann das Mitglied beim Bezug weiterer Unterstützung ausgenutzt ist.

Die Zahl der gefleckten beitragsfreien Marken (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit) und sonstiger Beitragsbefreiung (bei militärischer Dienstleistung, Aufenthalt im Ausland) ist genau zu notieren und an der hierfür vorgesehenen Stelle auf Seite 2 der neuen Mitgliedsbücher zu vermerken. Sind beitragsfreie Marken innerhalb der letzten 72 Wochen, also vom 14. August 1910 an gefleckt, so ist auch die Zeit anzugeben, in der sie gefleckt wurden, zum Beispiel von der ... bis zur ... Woche 19 ...

Die abgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher dürfen, um Mißbrauch zu verhüten, an die betreffenden Mitglieder nicht wieder ausgehändigt werden. Sie sind vielmehr bis nach erfolgter Ausfertigung aller in der Verwaltungsstelle benötigten zweiten und dritten Bücher aufzubewahren, alsdann der Gesamtortverwaltung zur Kontrolle vorzulegen und unter Aufsicht der Verwaltungsmittelglieder zu vernichten. Zur Vereinfachung der Kontrolle hat der mit der Ausstellung der zweiten und dritten Bücher von der Ortsverwaltung Beauftragte eine genaue Liste über die ausgegebenen Bücher zu führen und die Personalien der Inhaber in dieselbe einzutragen. Die Liste ist zum Zwecke eventueller Nachprüfung am Orte aufzubewahren.

Zur Vereinfachung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu ersetzen sind, empfiehlt es sich, wenn sich die Ortsverwaltungen alle mit Jahresbeginn 1911 ablaufenden Mitgliedsbücher aus ihrer Mitgliedsliste jezt schon auszählen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung zur Einsichtnahme vorzulegen.

Die Mitglieder werden eruchtet, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern. Wir bemerken dazu, daß die Ausfertigung von Ersatz-Mitgliedsbüchern entsprechend den Bestimmungen des § 21 Absatz 1a des Statuts nur innerhalb sechs Wochen des ersten Quartals 1912 ipänterens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten und dritten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestiftet:

Der Verwaltungsstelle in Altenburg für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1912 anstatt 10 Pf. pro Woche 30 Pf. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung politischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Augsburg: Der Formner Anton Reier, geb. am 4. Dez. 1885 zu Effenbach, Lit. A. Buch-Nr. 579488, wegen Sperrebruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover: Der Elektromonteur Heint. Appig, geb. am 8. Nov. 1891 zu Sippingen, Lit. A. Buch-Nr. 787779, wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offen: Der Kupferstecher Paul Kupfer, geb. am 12. Okt. 1884 zu Trebsen, Lit. A. Buch-Nr. 315134, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Für nicht wiederannahmefähig werden erklärt:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau: Der Silberarbeiter Paul Kögler, geb. am 24. Oktober 1875 zu Breslau, Buch-Nr. 2, wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Posen: Der Arbeiter Julius Lange, geb. am 16. August 1872 zu Borchalle, Lit. A. Buch-Nr. 87567, wegen Demagogie und Schädigung der Verbandsinteressen.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eisenburg: Der Elektromonteur Ernst Stamer, geb. am 7. März 1891 zu Stel, Lit. A. Buch-Nr. 473019, wegen Betrug.
- Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Schwelm: Der Schleifer Sebastian Adelman, geb. am 17. März 1879 zu Sippingen, Lit. A. Buch-Nr. 566318, wegen unkollegialem Verhalten und Demagogie. Zugleich wird Adelman für nichtwiederannahmefähig erklärt.

Bücher angeschlossen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bamern: Der Schleifer Rud. Sach, geb. am 30. März 1887 zu Bamern (236).

Kassierberatung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden angefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschlößung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wülheim a. Rhein: Der Metallarbeiter Hermann Kimm, geb. am 11. Mai 1886 zu Siering, Lit. A. Buch-Nr. 550311, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kassel: Der Formner Fritz Berger, geb. am 1. März 1891 zu Kassel, Lit. A. Buch-Nr. 297606, wegen beträg. Manipulationen.

Gestohlen wurde:

- Lit. A. Buch-Nr. 686755, lautend auf den Schlosser Ewald Schindler, geb. am 25. Juni 1894 zu Liegnitz. Als Dieb kommt in Betracht der Eisendreher Joh. Reimann, geb. am 5. Febr. 1889 zu Jauer, Lit. A. Buch-Nr. 686761. Reimann wird zur Nachfertigung aufgefordert (Jauer).
- Lit. A. Buch-Nr. 888100, lautend auf den Dreher Max Haberland, geb. am 29. Mai 1890 zu Magdeburg, eingetreten am 26. April 1909 zu Magdeburg (Wiesbaden).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Mätkstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Mätkstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinmahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Drahtarbeitern nach Wismar (Firma Müller) D.;
- von Elektromonteuren nach Gablitz (St. Elektrizitätsw.) St.; nach Hamburg; nach Kempten (Fa. G. Kessel) St.; nach Köln, St.;
- von Formern, Gießereiarbeitern und Schmiedemachern nach Annen (Firma F. Krupp, A.-G.) D.; nach Arnstadt i. Thür. (Firma W. Renger & Co.) St.; nach Berlin, St.; nach Friedrich (Firma Rheinbütte) D.; nach Chemnitz (Dietrich & Köhler) D.; nach Leubsch bei Leipzig (Eisengießerei Wecker) St.; nach Linen i. W. (Firma Hubm & Venz) R.; nach Pasewalk (Firma Brod, Holzrensch & Co.) W.; nach Pulsnitz i. Sa. (Firma Mattick) St.; nach Schaffhausen (Eisen- und Stahlwerke A.-G.) D.; nach Svinemünde (Firma Venz) D.; nach Weimar (Dürrenbacher Hütte) St.;
- von Galvanisierern, Schleifern und Stahlgraveuren nach Liegnitz (Fa. Sandig & Co.) St.;
- von Gelbmetallindustriearbeitern nach Chemnitz, St.;
- von Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Hülseverleiern und Hilfsarbeitern nach Budapest (Silberwaren, A.-G. vorm. Jorgas & Rohut) D.; nach Lemberg; nach Mährisch-Fürbau; nach Pforzheim;
- von Feigungsarbeitern nach Hamburg (Fa. Kohl & Brehmer); nach Fierlohn (Firma W. Pfänder) W.; nach Siegen (Firma Ginter) D.;
- von Klempnern aller Art und Installateuren nach Danemark, N.; nach Frankfurt, St.; nach Frankfurt a. M.; nach Bösnitz i. Erzg. (Emallierwerk) D.;
- von Mechanikern nach Kempten (Fa. Gg. Kessel) St.;
- von Messerarbeitern aller Art nach Solingen, St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Arnstadt (Firma G. Barth, Stanzmesserfabrik); nach Barmen-Eberfeld; nach Bergedorf (Fa. Gebrüder Hennig, Automatenbauanstalt) D.; nach Brühl (Fa. Willoq-Bottin) St.; nach Chemnitz (Maschinenfabrik Wörz-Schnau) D.; nach Delmenhorst (Delmenhorster Maschinenfabrik Lönitz, A.-G.); nach Eintracht i. Sa. (Maschinenfabrik E. Bösmel); nach Eberfeld, 2.; nach Gevelsberg (Hauersfabrik Gebr. Schürhoff) v. St.; nach Hanau-Kesselfabrik (Alfngs D. werke, Krebs & Klend) D.; nach Herford i. W. Str.; nach Hildesheim (Firma J. Wagner, Anna-Hütte) D.; nach Krefeld (Maschinenfabrik Herm. Schroers) R.; nach Launing bei Augsburg (Maschinenf. Köbel & Böhm) D.; nach Lindau i. B. (Automobilfabr. Sauer) D.; nach Menden und Umgebung, N.; nach München-Gladbach (Firma Scheid & Bachmann) N.; nach Norwegen, N.; nach Offenbach (Firma Mayer & Schmidt) St.; nach Rendsburg-Wüdeltsdorf (Karlshütte) St.; nach Reudt (Firma Schorch) St.; nach Saalfeld (Optische Anstalt, G. m. b. H.) D.; nach Tütlingen (Fa. Schweiß) St.; nach Wöhring (Hofmannswerke) St.; nach Weimar (Dürrenbacher Hütte) St.; nach Wermelskirchen bei Remscheid (Fa. Weber) D.; nach Wiener-Neustadt (Daimlerwerke); nach Wiesbaden (Südb. Eisenbahn-Gesellschaft) W.; nach sämtlichen Orten in Thüringen;
- von Metallarbeitern nach Döhlen bei Dresden (Fa. J. Donat) St.; nach Hildesheim (Firma Basse & Fischer); nach Schlettau bei Annaberg i. S. (Fa. A. Heber) D.;
- von Polierern nach Lützen (Fa. W. W. & Söhne);
- von Schleifern nach Fierlohn (Firma Lutz & Bolte) D.; nach Schweina bei Ruhla (Fa. Reich) St.;
- von Schlossern (Wan- u. Kunst-) nach Pforzheim;
- von Silberarbeitern, Schleifern, Galvanisierern und Stahlgraveuren nach Liegnitz (Fa. Sandig & Co.) St.;
- von Werkzeugschleifern nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik G. Barth);
- von Zinnarbeitern nach Krefeld, St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Veränderung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Sor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich jezt zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anträge sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abstampeln zu lassen. Anträge über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Elektromonteure.

Berlin. Die Jossa in Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung zu lesen war, haben wir in diesem Jahr auch eine Lohnbewegung der Berliner Elektromonteure und Hilfsmonteure gehabt. Zur besseren Darstellung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Lohnbewegung sei zunächst folgendes bemerkt: Schon seit Jahren war es ein häufiger Wunsch der organisierten Elektromonteure in Berlin gewesen, einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihren Beruf zu erwirken. Jedoch mit Rücksicht darauf, daß der größte Teil der Kollegen unorganisiert war, mußte dieses berechtigete Verlangen bis auf weiteres ein jenseitiges Darnach bleiben. Zur Jahre 1907 ist allerdings jenseitig einmal der Versuch zu einer Lohnbewegung gemacht worden, aber da die Unternehmer alle jenseitig weigerten, einen Tarif oder eine Vereinbarung anzuerkennen, und die Kollegen wegen des schlechten Organisationszustandes einen Kampf nicht wagen konnten, so mußten wir jenseitig von weiteren Maßnahmen absehen. Wohl war auch der damalige Versuch nicht ganz unglücklich, denn für jenseitig 200 Kollegen, die bei 20 Firmen arbeiteten, sind demnach ganz wesentliche Verbesserungen erreicht worden. Während der letzten vier Jahre haben aber unsere Kollegen in einer unermesslichen Weise (besonders unsere Familienmitglieder im vorigen Jahre) für die Ausbreitung unserer Organisation bei den Elektromonteuren mächtig gearbeitet, so daß in diesem Jahre eine Lohnbewegung mehr Aussicht auf Erfolg hatte. Daß eine solche notwendig war, haben jenseitig verschiedene Unternehmer zugegeben. Denn wenn man berücksichtigt, daß Kollegen in anderen Berufen (Klempner, Kofleger, Bauausführer, ferner Kasser, Zinnarbeiter, Kleber und alle im Bau-

gewerbe tätigen Arbeiter) Stundenlöhne von 70 bis 80 J erhalten, so mußte auch selbst ein Gegner unserer Bestrebungen zugeden, daß die Berliner Elektromonteure am schlechtesten entlohnt wurden. Stundenlöhne für selbständige Elektromonteure von 45 J, für Hilfsmonteure von 35 und 36 J, konnten wir auf Grund einer vorgenommenen Statistik beweisen. Sogenannte Großfirmen, wie Siemens, B. & W. (Nebengesellschaft), Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, haben auch diese niedrigen Löhne gezahlt. Diese Firmen haben es mit ihrer oft gepriesenen Humanität, indem sie auf ihre Wohlfahrtsvereinigungen hinwiesen, berechneten können, einen Teil der bei ihnen beschäftigten Monteure mit so geringen Wochenverdiensten, wie hier geschildert, zu entlohnen. Aus dem Dargelegten geht hervor, daß unsere Bestrebungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchaus berechtigt waren. Deshalb wurde in einer Versammlung, die anfangs August stattfand, beschlossen, den Unternehmern der elektrotechnischen Betriebe einen Tarif zu unterbreiten, der im wesentlichen folgendes enthielt: „§ 1. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden täglich, dieselbe darf nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und muß bis 6 Uhr abends spätestens beendet sein. § 2. Sonnabends ist eine Stunde, an dem letzten Arbeitstage vor den hohen Festen ist zwei Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug. § 3. Bei Arbeitsmangel wird, um Entlassungen zu vermeiden, die Arbeitszeit bis auf täglich sechs Stunden verkürzt. § 4. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden und sind die ersten zwei Ueberstunden mit 25 Prozent, Nacharbeit mit 50 Prozent, Sonntagsarbeit mit 75 Prozent Zuschlag zu bezahlen. § 5. Der Mindestlohn für Monteure beträgt 70 J, für Hilfsmonteure 55 J pro Stunde. § 6. Derjenigen Monteuren respektive Hilfsmonteuren, welche den im Tarif festgesetzten oder einen höheren Lohn bereits verdienen, wird derselbe um 5 Prozent erhöht.“ Außerdem wurde noch eine einheitliche Regelung der Entschädigung für Fahrgeld und Fahrzeit verlangt. Der Tarif sollte bis zum Jahr 1913 Gültigkeit haben. Mit einem Belegtschreiben, in dem betont war, daß wir zu einer Verhandlung bereit wären, wurde den Unternehmern der Tarifvertrag zugesandt und bis zum 17. August Antwort erbeten. Jedoch antworteten nur wenige Unternehmer. Als am 22. August in einer Versammlung der Elektromonteure, die von jenseitig 200 Kollegen besucht war, Stellung zu der Antwort der Unternehmer genommen werden sollte, da konnte Kollege Sandig nur berichten, daß wohl einige Firmen den Tarif unterzeichnet hätten, jedoch hätten eine Anzahl der Unternehmer auf Veranlassung des Herrn Dr. Fellingner von der Firma Siemens beschlossen, unsere Forderungen überhaupt nicht zu beantworten. Ein Protokoll dieser Versammlung der Unternehmer hatte uns ein glänzender Wind auf den Tisch geblasen; daselbe konnte in der Versammlung verlesen werden. Danach hatten die Herren folgendes beschlossen: „1. Es wird einstimmig beschlossen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, auf sein Schreiben, Datum des Poststempels, betr. Tarifvertrag für Elektromonteure und Hilfsmonteure, nicht zu antworten. 2. Es wird einstimmig beschlossen, Tarifverträge weder mit dem Metallarbeiter-Verband noch mit den Angestellten abzuschließen. 3. Es wird ferner einstimmig beschlossen, weder mit dem Metallarbeiter-Verband noch mit den Angestellten einen Mindestlohn zu vereinbaren oder festzusetzen. 4. Die Angestellten beschließen einstimmig, daß sie Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, wenn und soweit ihnen solche nach reiflicher Prüfung angebracht erscheinen, in den nächsten Tagen vornehmen werden. 5. Die Angestellten verpflichten sich, im Streitfall jeden Arbeiter, der freit, der Geschäftsstelle zu melden und Arbeiter von befristeten Firmen unter keinen Umständen vor Beendigung des Streiks einzustellen. 6. Die Angestellten verpflichten sich, im Streitfall Arbeitsstellen, welche bei einer befristeten Firma wegen des Streiks nicht ausgefüllt werden, nur nach Verständigung und mit Zustimmung dieser Firma zu übernehmen. 7. Es wird beschlossen, über die heutige Versammlung keine Mitteilungen an die Presse gelangen zu lassen. 8. Die Angestellten verpflichten sich einstimmig, über den Inhalt der heutigen Verhandlungen strenges Stillschweigen zu bewahren. Das Ergebnis der Verhandlung soll den eingeladenen Firmen schriftlich mitgeteilt werden, den nichterfahrenen mit der Aufforderung, sich durch Unterzeichnung einer Erklärung den Beschlüssen anzuschließen. Da aber zwei Drittel der Unternehmer an dieser Versammlung nicht teilgenommen hatten und eine Anzahl Firmen sich zu Verhandlungen bereit erklärten, so beschloß die Versammlung auf Vorschlag der Vertrauensmänner, von einer allgemeinen Arbeitsniederlegung abzusehen und vorläufig nur einen Teil der Firmen zu beitreten, die den erwähnten Beschluß gefaßt hatten. So wurde denn auch von jenseitig 500 Kollegen, die bei 15 Firmen beschäftigt waren, am 23. August der Streik beschlossen. Zu den befreiteten Firmen gehörte auch die Firma Siemens. Nun allerdings sahen die Unternehmer ein, daß ihre Meinung, die Elektromonteure hätten nicht den Mut zum Streiken, eine irrige war. Es fanden mehrere Versammlungen der Unternehmer statt; leider ließen sich eine Anzahl der kleineren und mittleren Betriebe von den Großfirmen (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Siemens) zu beeinflussen, daß sie eine Verhandlung zum Abschluß eines Tarifs oder einer Vereinbarung ablehnten. Etwas teuer ist dieser Einfluß den Großfirmen zu stehen gekommen. Denn nicht weniger als 50000 M haben sie hergegeben, um die sogenannten kleinen Unternehmer während des Streiks zu unterstützen. Während so auf der einen Seite die Unternehmer alles versuchten, um sich gegenseitig in ihrer ablehnenden Haltung zu trösten und zu fähren, hatten die Streikenden ihren frohen Mut und den Glauben an ihre gerechte Sache nicht verloren. Fast jeder Tag brachte eine neue Bewilligung, sei es durch Abschluß eines Tarifs oder einer Vereinbarung. Andererseits wurde der Streik dadurch erneuert, daß Kollegen anderer Firmen sich ihm anschlossen. Aus diesem Grunde konnten wir auch nachweisen, daß, wenn auch die dieser und jener Firma der Streik, so unsere Forderungen bewilligt waren, aufgehoben wurde, die Zahl der Streikenden sich doch nicht verringert hatte. Die Situation wurde für die Unternehmern immer ungemühtlicher, die Stimmen in ihren Kreisen nach einer Verständigung mehrten sich. Auch ihre Erwartung betreffs Erlass der Streikenden durch Arbeitswillige wurde nicht erfüllt. Darum konnten wir erkennen, daß der Friede den Unternehmern sehr erwünscht wäre. Fast täglich hatten sich einzelne von ihnen mit den Streikenden unterhalten und sie gefragt, ob denn keine Einigung möglich sei. Wenn auch — wurde dabei ausgesprochen — ein Tarif jezt nicht zustande käme, da sich die Unternehmer dagegen verpflichtet hätten, so sollten doch die Bestimmungen des Tarifs, sei es in Form einer Vereinbarung oder als Nachtrag zur Arbeitsordnung, festgelegt werden. Während des Streiks, der jenseitig drei Wochen dauerte, hatten sich auch eine große Anzahl von Firmen mit den bei ihnen beschäftigten Elektromonteuren über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geeinigt. Demnach mußten sich die Streikenden und in erster Linie die Streikleitung die Frage vorlegen, ob es Zweck hat, den Kampf wegen der Form, das heißt wegen einer Vereinbarung des Tarifs mit der Verbandsleitung, weiter zu führen. So gern wir eine Abschließung des Tarifs zwischen uns und dem hiesigen Arbeitgeberverband als Resultat unserer Lohnbewegung bezeichnet hätten, so mußten wir uns doch fagen, daß die Kollegen zum erstenmal im Kampf standen und wir mit dem bis dahin erzielten Erfolg zufrieden sein könnten. Es wurde deshalb mit jeder noch befristeten Firma durch eine Kommission die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vereinbart. Ueberall wurde ein für uns zufriedenstellendes Resultat erreicht, und so konnte der Kampf nach 3 1/2 Wochen am 15. September im allgemeinen als erfolgreich beendet werden. Nur bei 4 Firmen, wo 15 Kollegen in Betradt kamen, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Unsere Erfolge durch die diesjährige Lohnbewegung lassen sich am besten durch folgende Zahlen beweisen: Der Tarif anerkannt haben 45 Firmen, bei denen jenseitig 500 Kollegen arbeiten. Durch Streik sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach den tariflichen Bestimmungen geregelt bei 25 Firmen für jenseitig 600 Kollegen. Während der Bewegung haben bei anderen Firmen jenseitig 1000 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohn-erhöhung erreicht. Im ganzen haben 2100 Kollegen eine Verbesserung erreicht. Lohnrückstellungen sind von 2 1/2 bis 10 J die Stunde bewilligt. Demnach können wir jezt behaupten, daß in Berlin die Lohn- und Arbeitsbedingungen durchweg eine einheitliche Regelung

erfahren haben. Die neunstündige Arbeitszeit ist jetzt errungen und wird auch bestehen bleiben. Mit diesem Resultat unseres ersten Kampfes sind die Berliner Elektromonteur zuzufrieden. Und wenn auch die Arbeitgeber-Zeitung geschrieben hat, daß „der Streik der Berliner Elektromonteur einen ungünstigen Verlauf nimmt“, so ist das nicht wahr, es bleibt eine Behauptung, die mit den Tatsachen in keinem Widerspruch steht. Ebenso trifft die Mitteilung des *Electronics* (Organ der Firne), daß erhebliche Vorteile nicht errungen sind, nicht zu. Die Redaktion dieses Blattes sollte sich bei den Mitgliedern des Gewerkschafts erkundigen, die an dieser Bewegung teilgenommen haben. Daß nicht alles so gekommen ist, wie wir es wollten, geben wir zu, es wird daher Aufgabe der Berliner Kollegen sein, die Organisation weiter auszubauen und zu stärken, damit die Erfolge dieser Bewegung nicht nur nicht verloren gehen, sondern in Zukunft das zu verwirklichen ist, was jetzt noch nicht erreicht werden konnte. In diesem Sinne wollen wir arbeiten, in dieser Hinsicht soll und muß jeder Kollege seine Schuldigkeit tun nach besten Kräften und in seiner Weise, im Interesse seiner eigenen Person und zum Wohle der Allgemeinheit.

Mainz. Nachdem es dieses Frühjahr endlich gelungen war, die in Mainz beschäftigten Monteur und Hilfsmonteur zu organisieren, brachten diese auch gleich, einen Vorstoß zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen. Grund hierzu lag genügend vor. Es gibt in Deutschland wohl keine zweite Stadt, wo die Verhältnisse so traurig lagen, wie gerade in Mainz. Löhne von 40 S für selbständige Monteur waren keine Seltenheit. Von einer ernsthaften Lohnbewegung konnte aber in Anbetracht der kurzen Organisationszugehörigkeit der Arbeiter dieser Branche keine Rede sein. Wir mußten uns also darauf beschränken, zu versuchen, auf gutlichem Wege für die Kollegen etwas herauszuholen. Am 27. August fand eine gut besuchte Versammlung statt, die die Verbandsleitung beauftragte, einen Tarifentwurf an die Unternehmer einzureichen. Gefordert wurde die 9 1/2 stündige Arbeitszeit (bisher 10 Stunden), entsprechende Umrechnung des Lohnes, eine allgemeine Lohnzulage, sowie Regelung der Ueberstundenzahlung und der Montagezulage. Die Antwort darauf fiel aus, wie wir sie nicht anders erwarten konnten. Die Unternehmer, die keinen Zusammenschluß an Orte haben, kamen zusammen und berieten, was mit unserer Eingabe zu machen sei. Einige Tage später erhielten wir von jedem einzelnen ein ziemlich gleichlautendes Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß sie auf unsere Eingabe nicht eingehen können, aber bereit wären, mit ihren Monteuren über die Sache zu reden. Die Monteur beschloßen daraufhin, in den einzelnen Geschäften Kommissionen zum Verhandeln vorzuschicken. Eine Einigung wurde zuerst bei den Siemens-Schuckertwerken und bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erzielt. Von der ersten Firma wurde der Kommission die neunstündige tägliche Arbeitszeit mit entsprechender Umrechnung des Lohnes angeboten. Für Ueberstunden, sowie Nacht- und Sonntagsarbeit soll in Zukunft ein Zuschlag von 25 und 50 Prozent bezahlet werden. Eine Montagezulage soll in der Höhe des vierfachen Stundenlohnes gewährt, auch sollte eine Anzahl Löhne aufgebessert werden. Derselben Zugeständnisse machte nach einigen Sträuben der Vertreter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Eine Versammlung der Kollegen aus den beiden Betrieben erklärte sich nach Lage der Sache mit den Zugeständnissen einverstanden. Sind auch die materiellen Zugeständnisse nicht den Wünschen der Kollegen entsprechend ausgefallen, so erkannten sie doch den hohen Wert der verkürzten Arbeitszeit voll und ganz an. Die Kollegen konnten dem Angeboten um so leichter zustimmen, als bereits in der Zwischenzeit eine größere Anzahl Kollegen mit Lohnzulagen bedacht worden waren. Schwieriger gestaltete sich die Situation bei den kleinen Geschäften. Zuerst schrieb man wohl an die Verbandsleitung, man wolle sich mit den Leuten einigen, glaubte sich aber dann durch allerlei Manipulationen um das gegebene Versprechen herumzudenken zu können. Erst als einige Kollegen mit der Kündigung drohten, konnte man sich zu Zugeständnissen bequemen. Ueberall wurde die 9 1/2 stündige Arbeitszeit durchgesetzt, ebenso die anderen Zugeständnisse der beiden ergriffenen Firmen. Im ganzen betrachtet, kann man mit dem Erfolge zufrieden sein. Besonders fällt hierbei die Verkürzung der Arbeitszeit ins Auge. Nicht ohne Hintergedanken haben, wie es scheint, die beiden Firmen die neunstündige Arbeitszeit aufgenommen. Es wurde bei den Unternehmern damit gerechnet, daß die Arbeiter vor allen Dingen auf einer wesentlichen Erhöhung ihres Verdienstes bestehen würden und, da ein Kampf ernstlich nicht geführt werden konnte, die Organisation wieder gesprengt, und dann die ganze Bewegung im Sande verlaufen würde. Die Kollegen durchschauten das Manöver und ließen sich nicht irren machen. Das Erreichte wurde als Abschlagszahlung hingenommen. Sache der Berufskollegen ist es, dafür zu sorgen, daß die Organisation immer mehr ausgebaut wird, dann wird es möglich sein, auf dem Fundamente, das in diesem Jahre gelegt wurde, weiter zu bauen.

Formen.

Gmund (Schwab.). (Christliche Erfolge, oder: Wie die Wahrheit zum Geborgen wird.) In Nr. 41 des Dutsburger Zentrums-Metallarbeiterblattes wird in einem Bericht über den Streik bei Ritz & Schweizer der großartigste Sieg des schwarzen Metallarbeiterverbandes zusammengelogen. Wir lassen diesen Bericht hier folgen und werden dann sagen, wie der Sachverhalt ist. Der Bericht lautet: „Nach mehreren Wochen zähen Kampfes ist nunmehr die Bewegung bei der Firma Ritz & Schweizer mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet. Die Forderungen der Kollegen in materieller Hinsicht waren eigentlich schon nach dreitägigem Streik seitens der Firma anerkannt worden, aber — die Firma glaubte sich nun durch Maßregelungen für das den Arbeitern Zugeständnisse schablos halten zu müssen. Die Arbeiter hatten indes für diese Logik kein Verständnis. Wohl hoben sie den Streik auf — nicht aber die Sperre. Da infolge dessen der Zugang ausblieb und die Firma mit den Elementen, die sie als Erlös für die Gemäßigten weiter beschäftigen wollte, nicht vorwärts kommen konnte, gab sie nach. Die gemäßigten Kollegen wurden wieder eingestellt. Damit ist ein Kampf beendet, der der Firma bei der hiesigen Bevölkerung sicher keine Sympathie eingetragen hat und den sie sich sehr gut hätte eripieren können. In Bemühungen unsererseits um eine friedliche Verständigung hat es sicherlich nicht gefehlt. Trotzdem verweigerte die Firma, durch Erklärungen in der Presse unsern Verband und seine örtliche Leitung bei der Deffektivität zu verächtlichen. Ein vergebliches Beginnen. Das Ergebnis dieses Kampfes für die Arbeiter ist folgendes: 9 1/2 stündige Arbeitszeit (gegen früher 10 Stunden), Garantie des Stundenlohnes, Vergütung für unbeschäftigten Teiltag, Umrechnung der Stundenlöhne, Vergütung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 25 beziehungsweise 50 Prozent Zuschlag. Mit Bestimmtheit darf erwartet werden, daß diese Zugeständnisse nun auch praktisch durchgesetzt werden; den Arbeitern ist wahrhaftig mehr gelegen an geordneten Verhältnissen als an pünktlichen Reibungen. Dieser Ausgang der Bewegung ist aber noch in anderer Hinsicht interessant. Vor 2 1/2 Jahren führte der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband bei dieser Firma einen Kampf wegen Maßregelung seiner Mitglieder, die von der Firma die Einhaltung streifer Abmachungen verlangt hatten. Dieser Streik wurde erfolglos ausgegeben, man ließ es bei der Verhängung der Sperre bewenden. Erfolg gleich Null. Der rote Bruderverband mit dem „großen“ Rand singt noch heute wie ehemals das Lob seiner Macht in allen Variationen. Lassen wir ihn weiter jagen. Während er sich selbst von den Ausbeutern seiner „Macht“ erzählt, haben wir Zeit und Muße, das zu tun, was er nicht fertig bringt, nämlich praktische Erfolge für die Arbeiter zu erringen. Aufgabe unserer Gmund-Kollegen ist es aber nun auch, diese Sachlage in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen und die Konsequenzen zu ziehen. Die Verbearbeit zur weiteren Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes darf auch in Gmund nicht erlahmen, wenn wir praktische Erfolge für uns herauszuschlagen wollen. Wer weiß, welche Kämpfe uns in der Edelmetallindustrie vielleicht schon in naher Zeit noch bevorstehen. Die Kriegswirren, welche jetzt schon lähmend auf den Geschäftsgang einwirken, müssen dem denkenden Arbeiter eine ernste

und eindringliche Mahnung sein, alle Kräfte auf den Ausbau seiner Organisationen, seiner besten Schutzwehr im Wirtschaftskampfe, zu konzentrieren. „Der kluge Mann baut vor.“ Drum an die Arbeit! — Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit diesem vollen Erfolg aus? Wir wollen, um ein klares Bild über den Verlauf der Bewegung zu geben, den ganzen Hergang schildern. Bei der Firma Gebr. Ritz & Schweizer waren vor dem Streik der „Christlichen“ 95 Personen beschäftigt. Davon waren 18 Lehrlinge, bleiben somit 77 Dollarbeiter. Von diesen 77 Dollarbeitern sind 27 in die vom Zentrums-Metallarbeiterverband eingeleitete Bewegung eingetreten, nachdem der größte Teil dieser 27 erst einige Tage zuvor dem schwarzen Verband beigetreten war. Es blieben also, wenn man das Kontorpersonal abrechnet, mindestens noch 40 Dollarbeiter im Betrieb stehen. Von den 27, die in den Streik traten, waren 8 angelernte For., also Hilfsarbeiter, 1 Metallgießer, 1 Werkzeugmacher, 2 Mechaniker, 8 Dreher, 5 Schlosser und 7 sonstige Tagelöhner. Die gelernten Arbeiter waren also so schön verteilt, daß die Firma, wollte sie nun einmal halbscharig sein, ruhig mit den übrigen Leuten weiterarbeiten konnte. Die Leser dieser Zeilen werden verwundert fragen: Ja, wie kommt es denn, daß von den circa 40 stehengebliebenen Arbeitern nicht noch weitere an der Bewegung beteiligt waren? Diese Frage ist sehr leicht zu beantworten: weil ein Teil von diesen Leuten durch das Vorgehen des „christlichen“ Vertrauensmannes Straub in diesem Betrieb um ihre Organisationszugehörigkeit gebracht wurde. Die Firma hat nämlich seinerzeit bekannt gemacht, daß derjenige, der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist, entweder entlassen werde oder aus unserm Verband auszutreten habe. Es ist nun gerichtlich festgestellt worden, daß sich Straub mit dem Firmeninhaber darüber unterließ, wer im Betrieb im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist. Zu dieser Zeit war die Konjunktur nicht derart, daß die Leute gleich wieder Arbeit erhalten hätten. Sie sind somit durch das Vorgehen des Vertrauensmannes Straub des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes genötigt worden, entweder aus dem Betrieb oder aus ihrer Organisation auszutreten. Sie zogen letzteres vor. Durch den Verrat der Organisationszugehörigkeit sollte bezweckt werden, daß diese Leute in den „christlichen“ Verband übertraten, zu demselben Verband, dessen Leitung die Firma Ritz & Schweizer bei unserer Bewegung vor zwei Jahren zur Unnachgiebigkeit stellte. Bekanntlich schanzten die Führer des Zentrums-Metallarbeiterverbandes der Firma Streikbrecher zu und zahlten sogar das Fahrgehalt von Forzheim bis hierher. Erst brachte man die, die noch einer Organisation angehörten, um ihre Organisationszugehörigkeit, und dann verlangte man von den gleichen Leuten und von denen, die während der von uns über diesen Betrieb verhängten Sperre zum Sperrbruch verleitet worden waren, sie sollten nun auf einmal mit den Schwarzen in einen Streik eintreten. Zu dem „vollen Erfolg“, den der Zentrums-Metallarbeiterverband für sich in Anspruch nimmt, ist zu bemerken, daß dieser Erfolg einzig und allein der zähen Ausdauer der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zuzuschreiben ist, indem die von uns über diese Firma verhängte Sperre bis zum äußersten durchgeführt wurde. Das, was die Schwarzen durch ihre Bewegung erreicht haben wollen, ist schon längst zwischen dem Metallindustriellenverband Württembergs und der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seit fünf Jahren anerkannt und vereinbart. Hätte die Firma Ritz & Schweizer durch die Vermittlung der Schwarzen während unserer 2 1/2 jährigen Sperre brauchbare Leute bekommen, so hätte sie unter keinen Umständen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband verhandelt und die vorhin genannten Vereinbarungen im Beisein des Metallindustriellenverbandes am 31. August 1911 anerkannt. Nachdem wir eine Einigung mit dieser Firma erzielt hatten, erklärten wir aber auch sofort, daß wir die Sperre trotzdem solange beibehalten, bis die Firma Gebr. Ritz & Schweizer mit dem Zentrums-Metallarbeiterverband ebenfalls einig wäre. Wäre der Fall umgekehrt gewesen, hätte dann wohl der Zentrums-Metallarbeiterverband ebenso gehandelt, wie wir es taten? Wir sagen: nein, Beweise dafür sind buchstäblich vorhanden. Noch drastischer wird dieser „volle Erfolg“ der Schwarzen illustriert, wenn man in Betracht zieht, daß von den 27 am Streik Beteiligten ganze 11 wieder eingestellt wurden, 60 Prozent blieben also auf der Straße. Ueber diesen Mißerfolg schweigt natürlich des schwarzen Sängers „Schlichtheit“. Das sind die Früchte der Taktik, die die Führer des Zentrums-Metallarbeiterverbandes während unserer Bewegung einschlugen, indem sie damals auf Kosten ihres Verbandes der Firma Ritz & Schweizer Streikbrecher lieferten und die dort Beschäftigten als Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes denunzierten, um sie auf diese Weise zum Uebertritt zu ihrer Organisation zu zwingen. Hieraus ergibt die Arbeiterkraft, wie diese Leute, die zuerst Arbeiterverrat getrieben haben, nachher, wenn andere durch ihre Ausdauer und Standhaftigkeit einen Unternehmer zur Anerkennung von schon abgeschlossenen Vereinbarungen zwingen, einen Sieg des Zentrums-Metallarbeiterverbandes daraus machen.

Reudsburg-Wülfelsdorf. Wie schon in Nr. 41 gesagt wurde, haben viele Arbeiter, die keine Werkwohnungen innehaben, sich bereit erklärt, die Familien der ausgefallenen Arbeiter mit in ihren Wohnungen unterzubringen. So ist es auch geschehen, und nicht nur die Arbeiterkraft, sondern auch die übrige Einwohnerschaft Reudsburgs hat sich an dieser Unterbringung zum Leidwesen der Direktion der Carlshütte beteiligt. Auf das Erwerbsebenen Reudsburgs ist dieser Streik naturgemäß einen großen Einfluß aus und es war deshalb eine am 13. Oktober tagende öffentliche Volksversammlung, die sich mit den Ursachen des Streiks befaßte, überfüllt. Obwohl die Versammlung nicht nur von Arbeitern besucht war, erhob sich keine Stimme zur Rechtfertigung des Vorgehens der Direktion der Carlshütte. Auf die übrigen Abteilungen des Betriebes übt natürlich der Ausfall der Former und Gießereiarbeiter auch seine Wirkung aus. Schon mangelt es an Guß, so daß die anderen Abteilungen ins Stocken kommen. Die Maschinenbauer können nur noch sechs Stunden täglich beschäftigt werden und halb wird die Arbeit ganz aufhören müssen. Die im Betrieb befindlichen Arbeiter haben nochmals zu vermitteln versucht. Eine Kommission fragte bei der Direktion an, ob zur Beilegung des Ausfalles der Former und Gießereiarbeiter eine Verhandlung stattfinden könne. Die Antwort war nur eine Verhöhnung der Arbeiter, so daß sich der Ausfall nun auch auf die anderen Abteilungen ausbreiten muß. Gewaltige Anstrengungen werden jetzt von der Direktion gemacht, Arbeitswillige heranzuziehen. Dabei beschmähnen es die Herren Direktoren nicht, diese Leute in eigener Person vom Bahnhof abzuholen. Den Schmeizer hat die Direktion aber auch schon erleben müssen, daß von den gelaperten Arbeitswilligen ein Teil wieder abgezogen ist.

Gravure und Ziselure.

Magdeburg. In der hiesigen Goldbruckgraverbranche sind Differenzen ausgebrochen. Zugang fernhalten!

Klempner.

Göttingen. Die Firma H. Boie, Inhaber: W. Schleiermacher (Metallwarenfabrik), gab uns schon einmal Veranlassung, die in diesem Betriebe herrschenden Zustände an dieser Stelle zu charakterisieren. Leider war es der Organisation nicht möglich, in diesem Betriebe festen Fuß zu fassen, was darauf zurückzuführen ist, daß der größte Teil der dort beschäftigten Klempner immer hoffte, der Inhaber des Betriebes würde sich von selbst herbeilassen, durch Lohnverhöhungen, die mit Recht zu fordern sind, einen Ausgleich zu schaffen, um so mehr als die agrarische Wirtschaftspolitik in Preußen-Deutschland die Urheberin der andauernden Lebensmittelerhöhung ist. Die Arbeiter dieses Betriebes haben nun doch erkannt, daß nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation es möglich gemacht werden kann, die wirtschaftliche Existenz zu verbessern. Wo die Mehrwerte, die doch nur durch die Arbeitskräfte erzeugt werden, hinwegzuernten, beweist uns der Umstand, daß auch die Firma Boie bei der in letzter Zeit erfolgten Zahlungsseinstellung der Göttinger Bank ziemlich hart engagiert ist. Bemerkenswert sind die Löhne und Ueberverdienste, die sie zeigen, daß die Firma zu den Betrieben in Göttingen zählt, wo noch die schlechtesten Zustände herrschen. Ausgelernte Klempner

erhalten bei 9 1/2 stündiger täglicher Arbeitszeit Wochenlöhne von 12, 14, 16 M. Auch bei Affordarbeit ist es oft den beschäftigten Arbeitern nicht möglich, nur einen annähernd den teuren Verhältnissen entsprechenden Verdienst zu erzielen. Wie ein verheirateter Arbeiter mit zwei und drei Kindern bei einem Verdienste von 19 bis 21 M leben soll, diese Preisfrage müssen wir der Firma zu beantworten überlassen. Die Lehrlinge im Betriebe müssen die Klosetts reinigen, allerdings nicht oft, in diesem Jahre zweimal. Daß im Zeitalter der Hygiene die Aborte nur 2 bis 3mal im Jahre gereinigt werden, ist nicht rühmlich für die Firma. Die Ventilationseinrichtungen bedürfen einer baldigen Änderung. Obwohl die Stadt Göttingen Lieferant von elektrischer Energie ist, dient in diesem modernen Musterbetrieb noch die Petroleumlampe als Beleuchtungsmittel. Der Werkmeister, der aus dem Betriebe ande hervorgegangen ist, gibt sich Mühe, den Bildungsgrad, der ihm eigen ist, durch Kopfnamen wie Kindvieh, krüppeliger Hund etc., den Arbeitern begrifflich zu machen. Dem Herrn ist es natürlich nicht angenehm, daß die Arbeiter endlich den Weg zur Organisation gefunden haben, er hat auch einen Kollegen ohne Angabe eines Grundes entlassen. Den im Betriebe Beschäftigten beweist er damit, daß ihm unsere Organisation nicht gleichgültig ist. Den uns noch Fernstehenden rufen wir aber zu: Hinein in die Organisation! Dann wird es uns möglich sein, diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen.

Metallarbeiter.

Machen. Mit dem 1. Oktober ist über die Arbeits- und Lohnverhältnisse im *Installationsgewerbe* mit der Zwangsvereinbarung getroffen worden, die gegen früher, wo keinerlei feste Lohnverhältnisse bestanden und die größten Ungleichheiten herrschten, für die Beschäftigten einen schönen Erfolg bedeutet. Zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit muß ein Mindestlohn von 35 S pro Stunde bezahlet werden, der sich mit jedem Jahr um 2 1/2 S pro Stunde erhöht, bis ein Lohn von 45 S pro Stunde erreicht ist. Die Kollegen, die bisher einen Stundenlohn von 40 S hatten, erhalten 45 S, die bisher 45 S und mehr hatten, erhalten vom 1. Oktober an 2 1/2 S mehr und zum 1. April 1912 erhalten sie weitere 2 1/2 S. Ueberstunden von 7 bis 10 Uhr abends und von 5 bis 7 Uhr morgens müssen mit 25 Prozent Lohnzuschlag vergütet werden. Jede Beschäftigung nach 10 Uhr abends gilt als Nachtarbeit und muß mit 50 Prozent Zuschlag vergütet werden. Wird jedoch von 7 Uhr abends bis 2 Uhr nachts und länger durchgearbeitet, so wird das Ganze als Nachtarbeit mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Sonntagsarbeit wird mit 100 Prozent Zuschlag vergütet. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt nicht mehr wie bisher Samstag, sondern Freitag. Wenn nach beendeter Arbeitszeit ausgehät wird, so wird die Wartezeit nach Ueberstunden berechnet und bezahlt. Für Arbeiten außerhalb der näheren Umgebung bis zu 10 Kilometer wird 1 M und über 10 Kilometer 1,50 M Zulage gewährt. Muß jedoch übernachtet werden, so kommen diese Sätze in Bezug auf Logis und Beschäftigung wird dann durch den Meister gestellt. Fahrgehalt werden vergütet und die Dauer der Fahrt als Arbeitsstunden angerechnet. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit bis zum 1. April 1913. — Aufgabe der Kollegen ist es nun, dafür zu sorgen, daß diese Vereinbarungen auch gehalten werden. Die beste Gewähr dafür ist die Organisation, also muß jetzt der Letzte Kollege dem Verbandszugeführt werden. Wenn bei dieser Lohnbewegung nicht alle Wünsche der Kollegen durchgeführt wurden, so liegt das an dem bisherigen mangelhaften Organisationsverhältnis. Der Beweis istbracht, daß durch den Zusammenschluß vieles erreicht werden kann. Und es hätte bedeutend mehr erreicht werden können, wenn die Berufskollegen eine geschlossene Phalanx gebildet hätten.

Ebingen. Nach langjährigem Bemühungen war es uns im Frühjahr dieses Jahres gelungen, hier eine Vertretungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu errichten. Ebingen ist ein Industrieort, in dem ungefähr 3000 Arbeiter beschäftigt werden, aber es ist ungewehr schwer, an die Arbeiter heranzukommen. In allen möglichen Vereinen und Sektoren sind die Arbeiter zu finden, aber zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation, die gerade sie brauchen wie das Salz zum Brot, finden sie den Weg nicht. Im Frühjahr haben wir mit 80 Kollegen die Vertretungstelle errichten können, wobei allerdings die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die hiesigen miserablen Lohnverhältnisse ihr Teil dazu beigetragen hatten. Durch Vornahme einer (allerdings mangelhaften) Statistik haben wir festgestellt, daß jüngere gelernte Mechaniker mit 26 bis 28 S pro Stunde entlohnt und auch die verheirateten Arbeiter mit Sungenlöhnen im wahrsten Sinne des Wortes abgepeißt werden. Die Ebingen-Kollegen haben also wenig Ursache, auf ihren Beruf stolz zu sein, solange sie noch mit diesen Löhnen sich zufrieden geben. Verursacht durch diese Verhältnisse hat denn auch die Verwaltung, unterstützt durch die Bezirksleitung, von allem Anfang an versucht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Der Anfang sollte bei der Firma *Sartner* gemacht werden, wo die Verhältnisse am allerhöchsten waren und auch noch sind. Die Fabrikinspektion, der wir diesen Betrieb besonders warm empfehlen, wird ein reiches Arbeiterfeld vorfinden, da es die Firma Sartner mit den gewerkschaftlichen Arbeiterbestimmungen durchaus nicht genau nimmt. Oft sind erst auf dringendes Verlangen der Arbeiter Schutzvorrichtungen an den Maschinen angebracht worden, des weiteren ist auch erst auf Verlangen der Arbeiter ein Brett in den Fußboden eingestrichelt worden, weil die Gefahr bestand, daß die Arbeiter ihn durchtreten könnten. Auch ist es dort schon vorgekommen, daß ein Vorgelege von der Decke stürzte, es war Glück, daß niemand getroffen wurde. Die Lehrlingskategorie steht in diesem Betrieb in vollster Blüte. Nach schlechter wie die geschützten Betriebsverhältnisse sind die Lohnverhältnisse. Die Kollegen bei der Firma Sartner werden im Durchschnitt 3 bis 4 S niedriger entlohnt als die eines Betriebes der gleichen Branche. Erklärlich ist dies allerdings, wenn man weiß, daß die Firma Sartner einen wütenden Konkurrenzkampf führt. Wir haben nichts dagegen, wenn die Unternehmer sich gegenseitig das Leben schwer machen, aber dies müssen die Herren unter sich ausmachen, wir wehren uns jedoch mit allen Mitteln dagegen, daß dieser Konkurrenzkampf auf Kosten der Knochen der Arbeiter geführt wird. Die im Maschinen- und Spiralspindelbau beschäftigten Kollegen der Firma Sartner nahmen zu den geschützten Verhältnissen Stellung und beauftragten die Bezirksleitung, der Firma die Forderung nach einer zehnprozentigen Lohnverhöhung zu unterbreiten. Dies ist geschehen, und unser Bezirksleiter Sched hat auch versucht, mit Herrn Sartner zu verhandeln. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, in der Hauptsache aus dem Grunde, weil der bei den Verhandlungen anwesende Meister *Kunze* erklärte, es seien höchstens zwei Mann, die mit den Löhnen nicht zufrieden sind, und diese könnten ja gehen. Herr Sartner selbst erklärte, daß er durch die Konkurrenz verlohrt sei, höhere Löhne zu zahlen, daß er ja sowieso von Zeit zu Zeit aufbessere und die Leute in sieben bis acht Jahren ganz schön e d ö h n e hätte n. Er könne niemand halten und wenn es nicht passe, der könne gehen. Als man der Kollege Sched dem Herrn das Unsoziale seiner Handlung nachwies, ging Herr Sartner rein aus dem Häuschen. Die ganze Sache sei nur eine Hecke der Sozialdemokraten, die habe ihr Geschäft machen wollen, früher seien die Leute zufrieden gewesen.“ Durch derartige Ausfälle beweist Herr Sartner aber nur, daß er von den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gar keine Ahnung hat. Nachdem also die Verhandlungen mit unserm Bezirksleiter ergebnislos waren, versuchte eine von den Arbeitern gewählte Kommission Verhandlungen anzubahnen, und als auch dies schiefslug, reichten die organisierten Arbeiter die Kündigung ein. Durch eine Sperrnotiz schickte sich Herr Sartner dann derartig getroffen, daß er in einer Annonce Gift und Galle gegen den Verband verspritzte, er schrieb von der grenzenlosen Annäherung des Verbandes, und daß dieser sich als Anwalt seiner Arbeiter aufpfeifen wolle. Bei den Arbeitern hat dieser Wutausbruch Sartners allerdings nur Weiterentzündet und sie haben sich dabei Gedanken darüber gemacht, wie es wohl wäre, wenn Sartner mit seinem guten Geran als Anwalt der Arbeiter fungierte. Herr Sartner

belam dann die richtige Antwort, und darauf hat er das Antworten vergessen. Nachdem die Kündigung eingereicht war, begann die Tätigkeit des Meisters Kungelmann. Derselbe Mann, der bei den Verhandlungen erklärte, höchstens zwei Mann würden gehen und die könnten dies ruhig tun, mußte jetzt von Mann zu Mann gehen und diese bearbeiten und zur Zurücknahme der Kündigung bewegen. Er versprach den Leuten Zulagen von 2 S. die Stunde, sagte aber dabei, daß diese Zulagen erst 14 Tage nach Zurücknahme der Kündigung gewährt werden könnten, weil sonst der Verband erklären würde, er habe die Zulagen herausgeschlagen. Die Kollegen haben dann die Kündigung zurückgezogen, aber Herr Kungelmann wollte mir verraten, daß dies auf unsere Veranlassung geschehen ist und daß der Verband wohl das Recht hat, sich den Erfolg zuzuschreiben. Weiter hat Herr Kungelmann versucht, einzelne Arbeiter zum Austritt aus dem Verband zu bewegen, einem gegenüber äußerte er sich: „Für einen Arbeiter, der einen Vertrauensposten bekleidet und mit dem Kontorpersonal zusammenkommt, passe es nicht, organisiert zu sein.“ Unserem Bevollmächtigten gegenüber sagte Kungelmann, daß er 4 S. pro Tag im Tag verdienen möchte, die nur 2 S. im Tag verdienen, nicht 4 S. zahlen könne. Diesen Ausdruck des frommen Herrn Kungelmann mögen sich die Arbeiter merken, denn von ihm und Herrn Sartre werden jeden Samstag mittag „christliche“ Traktätschen auf den Arbeitsplatz gelegt. Sollen diese Traktätschen vielleicht mit als Entlohnung betrachtet werden, oder sollen damit die Arbeiter zur Wehrlosigkeit erzogen werden? Wir wollen den Herren verraten, daß dies zwecklos ist und ihnen den Rat geben, das Geld für die Traktätschen zu sparen. Wollen die Herren Sartre und sein Meister ihre Christlichkeit betätigen, so sollen sie dies dadurch beweisen, daß sie den Arbeitern auskömmliche Löhne zahlen und dabei an einen sehr bekannten Mißspruch denken. Es ist also dem Verband gelungen, schon einen kleinen Erfolg in Ebingen zu erringen, aber sorgen müssen wir dafür, daß es uns gelingt, größere zu erringen. Wenn die Kollegen in Ebingen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit denen der Kollegen anderer Orte vergleichen, sehen sie selbst, wie weit sie noch zurück sind. Die Kollegen anderer Orte haben aber auch nur durch gute geschlossene Organisation ihre Lage verbessern können, sie waren durch ihre Organisation in der Lage, durch Kampf das zu erreichen, was ihnen vorenthalten worden war. Dies ist auch in Ebingen möglich, aber auch dringend notwendig. Je stärker die Organisation, desto größer ihr Einfluß auf die Gehälter der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ihr Metallarbeiter-Verband in Ebingen und Umgebung müßt endlich aufhören zu jammern und zu schluchzen, ihr müßt zu handeln anfangen. Tretet in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ein, stärkt die Reihen der organisierten Arbeiter, kämpft mit uns Schulter an Schulter und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Mürtingen (Württemberg). Im August haben wir auch hier eine Kernausschüsse errichtet, nachdem sich ein Teil der hier beschäftigten Metallarbeiter dem Verbande angeschlossen hatte. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Mürtingen liegen noch sehr im argen. Bei langer Arbeitszeit gibt es niedrige Löhne. Aus diesem Grunde findet auch ein ständiger Wechsel statt, die Zugeristen verschwinden in der Regel halb wieder. Nachstehender Brief zeigt den Kollegen, unter welchen Verhältnissen hier Metallarbeiter arbeiten sollen: „Mürtingen, den 11. Juli 1911. Herrn... Auf Ihre Schreiben vom 9. ds. teilen wir Ihnen mit, daß wir ev. nicht abgeneigt wären, Sie einzustellen und könnten Sie sofort bei uns eintraten. Auf Ihre Anfrage bemerken wir Ihnen, daß der Lohn im Monat pro Tag circa 2,80 M bis 3 M beträgt. Die Arbeitszeit ist von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit 1 Stunde Mittagspause. Wir bitten um Mitteilung, ob und wann Sie bei uns eintraten werden und zeichnen achtungsvoll Gebr. Heller.“ Auf dem Briefbogen selbst sind abteilungsweise die Maschinen aufgeführt, die die Firma produziert und außerdem ist noch durch einen Stempel vermerkt, daß die Firma auf der Weltausstellung in Turin in der deutschen Maschinenhalle Stand 17 vertreten sei. Der Adressat hat selbstverständlich darauf verzichtet, bei eifriger Arbeitszeit im Monat für 2,80 M bis 3 M zu arbeiten. Es sollte eigentlich Vorschrift sein, daß eine Firma, die Ausstellungen bestreift, an jeder ausgestellten Maschine auch die dabei gezahlten Löhne bekanntgeben müßte. Nun haben wir aber aus den Zeitungen erfahren, daß die Firma Heller für die von ihr ausgestellten Maschinen die Goldene Medaille erhalten hat. Dies ist ein Beweis dafür, daß die bei ihr beschäftigten Arbeiter gute Arbeit leisten, also viel zu gering entlohnt werden. Vielleicht sorgt jetzt die Firma dafür, daß ihr auch die Arbeiter ein gutes Zeugnis ausstellen können, wenn es auch nicht gerade die gute Note zu sein braucht. Wir richten nun aber an die Metallarbeiter in Mürtingen den dringenden Appell, sich samt und sonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Wenn dies geschieht, dann werden auch sehr bald die eifrigsten Arbeitszeit und die niedrigen Löhne verschwinden.

Waffen i. Westf. Im Mai dieses Jahres ging durch alle Zentrumsblätter dieser Gegend die Fremdennachricht, das „rote Licht“ im Sauerlande wäre am Erlöschen, die roten könnten in Waffen kein Lokal mehr bekommen. Aber diese Fremde war verfrüht, denn das rote Licht ist nicht nur nicht erloschen, es brennt jetzt heller als nordem. Am 24. September hatte die sozialdemokratische Partei eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel angeordnet, sie fand aber wegen der schlechten Witterung nicht statt. Das war unseren Gegnern aber zu viel und deshalb mußten am folgenden Sonntag von der Kanzel aus die vernachlässigten Sozi verdammt werden. Um gleichzeitig dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein auszuweisen, wurde in r Brief unserer Zeitung veröffentlicht, in dem einer Stimme geschrieben wurde, daß, wenn bei der Verurteilung ihres Mannes ein Geistlicher mitginge, die Strafpfende unterbleiben würde. (Das Schreiben wurde veranlaßt durch das Verhalten der Geistlichen, denen die rote Schleihe an den Kränzen Mißbehagen verursachte.) Dieser Brief unserer Berliner Ortsverwaltung war feierlich in der Zentrumsblätter in gemeiner Weise verdreht worden. Eine Verächtlichkeit der Verdrängungen hat auch in der Vorwörter sozialdemokratischer Arbeiterzeitung gefunden, und da der hiesige Pastor Abwesenheit dieser Zeitung ist, muß er die Verächtlichkeit gelesen haben. Früher werden hier auch die Zentrumsblätter von der Kanzel empfohlen, als wenn die Arbeiter nicht wüßten, welche Zeitung sie halten müßten. Aber noch lesen wir, was wir wollen. Das Schreiben über uns fand wir zum ersten Mal schon so gewandt, daß es uns nicht mehr anging, es wird nur noch mit Knippschneidern und Lachen beantwortet. Früher, als der Deutsche Metallarbeiter-Verband hier noch nicht vorhanden war, sagte der Zentrumsblätter nichts, und im benachbarten Sauerland sind die Kirch-Druckereien die „Rotes“. Keinerlich mußten sich die Arbeiter von der Kanzel aus sagen lassen: Sie müßten das Abend noch ins Blickfeld gehen, die nötigen Hiere und Schwärze zu trinken und über den Reichstag und die Steuern zu klageln, aber zum Belen wollten sie keine Zeit haben.“ Das ist also das Pabels Wort. Die Arbeiter sollen nicht über die Steuern nachdenken. Sie sollen nicht nachdenken, daß das Zentrum es gewesen ist, das die Sebzanzmittel verdreht hat. Aber die Herren selbst irren eben auch erfolgreich „Fingergewinn“. Im Herbst 1909 wurden nämlich die Papstwahl-Länder wieder neu verapoptet. Obwohl für alle Länder mehr als der alte Preis erzielt wurde, wurden eine Anzahl zum zweiten Male ausgeschrieben, weil sie noch nicht teuer genug waren. Da konnte man von den Zufriedenheit nichts merken. Dem Arbeiter will man aber mit „guten Rat“ bespielen. Man will ihm zeigen, wo und wie zu sparen ist. Vor der „Fingergewinn“ (was abate schon, was können würde) wurden hier unter Leitung des Herrn Pastors „Fingergewinn“ abgeschrieben. Man war süßer der Meinung, die Fingergewinn könnten nicht hürzlich wirtschaften. Da wurde ihnen unter anderem das große Geheimnis offenbart, daß der Spring sehr röhrt sei. Das hätten sie hier wirklich noch nicht gewagt! Man ist zwar auch hier schon lange herange, aber daß sie so nachsicht sind, das müßte in einer Versammlung erst verstanden werden. Man schimpft jetzt abendlich über die Arbeiter, aber es wird nichts mehr daraus gegeben. Das aber hier der Ort zum Schwärzen braucht wird, wo niemand aufmerksamer dem; die Kanzel — das langweilige ist jetzt die Kampfsweise des Zentrums. Uns Kollegen darf das

nicht abhalten, weiter zu agitieren. Gerade dieser Kampf zeigt uns, daß wir hier doch nicht so ohne Bedeutung sind. Wir müssen sorgen, daß das „rote Licht“ immer heller brennt. Wir müssen unseren Gegnern zeigen, daß sie es gerade sind, die durch das Lokalabtreiben unsere Sache wieder neu belebt haben. Man glaube, uns durch das Lokalabtreiben den Garau zu machen. Wir bekommen aber lokale, und die größeren Versammlungen halten wir unter freiem Himmel auf luftigen Höhen. Die Gegner mögen es sich merken: die letzten Dinge werden ärger sein als die ersten!

Rundschau.

Reichstag.

Zum „positiven Schaffen“ wird der Reichstag — obwohl alles seit langer Zeit nach Neuwahlen drängt — für den Herbst nochmals zusammengerufen. Doch da die auswärtige Politik nichts weniger als erfolgreich ist, so blüht der Kanzler, als schon die Volksvertreter zum Anmarsch die Koffer gepackt haben, den (allzu) willfährigen Präsidenten, ums Himmels willen die Eröffnung vom 10. auf den 17. Oktober zu verschieben. Länger läßt sich der unangenehme Augenblick des Wiedersehens nun doch nicht vertagen, und so jammeln sich denn Dienstag den 17. Oktober die von den Strapazen der Sommerferien gebräuteten Erwählten des Volkes in dem ragenden Gebäude am Königsplatz zu Berlin. Am ersten Tage unterhalten sie sich, mehr oder weniger tatenlos, über das Kunterbunt einer planlos zusammengelassenen Petitionenkiste, auf der die Lateinschrift neben einem neuen Buchstaben gegen Streifende und dergleichen Schönheiten steht. Dermal wird der Sentorenkontent durch einen Schreibebrief von Theobald dem Kanzler erkent, worin dieser Musterstaatsmann darlegt, daß er über die wichtigste der unser Volk beschäftigenden wichtigsten Fragen, nämlich über die Marokkoangelegenheit, zunächst keine Auskunft zu geben imstande sei. Und während man noch nicht das Staunen über dieses natbe Eingeständnis reformmähtiger Unfähigkeit überwunden hat, hört man, daß der Staatssekretär des Reichsjustizdepartes nach einer Unterredung mit einigen Abgeordneten eingesehen habe, die Strafprozeßnovelle könne nicht mehr beraten werden — jzt gerade das Gesetz, das angeblich unter allen Umständen die Herbstsession des Reichstages notwendig gemacht hätte. Das Parlament hat inzwischen die Petitionen überwunden und die Anfrage über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes vorgenommen. Doch die Abgeordneten hören nur mit halbem Ohre, was die Sozialdemokraten und die Polen über die Strafrechtspflichten des Reichstages zu sagen und zu klagen haben, denn schon erkent die merkwürdige, zuerst wortlos nur mit lautem Lachen aufgenommene Kunde in den Wandelgängen des hohen Hauses, der Kanzler habe eine neue Vertagung der Volksvertretung um etwa acht bis zehn Tage verlangt, weil — ja nun, weil in der Zwischenzeit eine Kommission mit größerer Leistungsfähigkeit den Gesetzentwurf über die Verschönerung der Privatbeamten für die zweite Lesung vorbereiten könne. In Wahrheit handelt es sich natürlich wiederum um einen neuen, jetzt gar nicht mehr maskierten Versuch, die Volksvertretung auszuwickeln, da die Regierung fürchten muß, daß es doch noch vor der hinausgeschobenen Interpellation zu einer Explosion kommt, zumal die Nachrichten aus Frankreich in den letzten Tagen beunruhigend gelaunt haben.

Es ist eine nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache, daß die Marokkoangelegenheit jetzt eine ziemlich kritische Wendung genommen hat. Die Franzosen, die im Beginn der Affäre sich sehr genetzt zeigten, für die Ueberlassung des Scherjennisches einen guten Preis an Deutschland zu zahlen (dem Marokko ebensowenig gehörte wie ihnen), sind anscheinend durch das Beispiel Italiens angefaßt worden, das Gesetzt nach Möglichkeit noch billiger zu machen, und vertrauen auch — vielleicht leider allzu unvorsichtig — auf die Abneigung gegen einen Krieg in den Reihen der deutschen Staatsmänner und namentlich des Kaiserhofs. Daher immer erneute Verzögerungen bei der Abweisung der sogenannten Kompensationen, das heißt der von den deutschen Unterhändlern gewünschten und ihnen im Prinzip bereits versprochenen Gebietsabtretungen in der Kongokolonie. Es ist nicht der Wert des Gegenstandes, der die Franzosen antreibt, denn die französische Kongokolonie ist in der Tat das wertvollste Stück Afrika, sondern der Gedanke, daß sie überhaupt etwas zugefanden haben, während sie jetzt meinen, sie hätten Marokko von Deutschland auch ohne jede Entschädigung erhalten können. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine solche Stimmung, die in Frankreich anscheinend von den breiten Massen der Bevölkerung durchaus geteilt wird, sehr gefährlich ist, und namentlich der deutschen Kriegspartei — eine solche gibt es im Volle und am Hofe — Wasser auf die Mühlen treibt. Der Kanzler muß sich für sehr stark halten, daß er in diesem gespannten Augenblick das Parlament nach Hause schickt, es sei denn, er fürchtet, daß die alldeutschen Eisenreiter durch hohle Deklamationen im Reichstage die Lage noch verschlimmern würden.

Die Lage großer Entscheidungen nahen heran. Was immer auch im Reichshause verhandelt wird, kann kaum in dem gebührenden Maße auf Ansehen der Reichstages rechnen. So hätte zum Beispiel die Aufhebung der Kaiserlichen Verwaltungsvollmacht auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes wirklich unsere politische Welt bis in ihre Tiefen erregen können, während sich jetzt sozusagen kein Reich danach macht. Man denke nur, daß der Staatssekretär Delbück, der nicht im eigenen Namen im Reichstage sprechen kann, sondern als Vertreter des Reichstages tritt, sich selbst erklärt, die schwebenden Angelegenheiten zuzuführen, während er in seiner Weise billigen, nur seine ihm leider jedes Mittel, außer der berühmten „moralischen Einwirkung“, zur Aenderung der Verhältnisse! Dabei ist der Mann, in dessen Namen er auch dieses sagte, nicht nur der Reichskanzler, sondern bereits preussischer Ministerpräsident, als solcher Vorgesetzter des Ministers des Innern, den er in großen Bogen aus seinem Amt hinausgeschoben wurde, wenn er noch erheblicher Ansehen seinen Willen entgegenwärtete und weiterhin die schwebende Unverschiedenheit jüdischer Polizeifellen dulde. Aber Theobald läßt sich nicht, weil jztlich jede Willkürfreiheit der Versammlungsparlamenten in erster Linie gegen die verhassten Oppositionsparteien geht, namentlich gegen die Sozialdemokratie, dann auch gegen die Polen, deren erste Fährer jetzt die Fortritte der Regierung für den alten Reichstag bei der Staatsreform verheißungsvoll erscheinen.

Die Verschönerung der Privatbeamten (die die Sozialdemokratie mit der Reichsverschönerung verbunden wollte) ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Die erste Lesung des Entwurfs ist aber zweifellos unter den heftigen Diskussionen, die der Wahlkampf in Romung-Überlingen außerhalb des Stimmzirkels im Reichstage erregte. Das hiesige Strafgericht, das jetzt über das Zentrum und damit auch über die übrigen rechtsständigen Parteien hereinbricht, liegt im Mittelpunkt leidenschaftlicher Erörterungen. Das eine glückliche Verschönerung des Privatbeamtenverschönerungsgesetzes vielleicht an Verschönerungen der Wahlkämpfer für die Reichstagen mit sich bringen könnte, das wird mit einem Schlag vollständig hinweggefegt, wenn man eine Nachfrist erhält, wie die aus Romung-Überlingen, wo hoffentlich zu der Zeit die Sozialdemokratie und die Reichstages die entscheidenden Sieg erringen haben, wenn diese Stellen unserer Lesern vor Augen kommen. Über die Verschönerung der

Privatbeamten soll noch ausführlicher gehandelt werden, wenn sich das Ergebnis der jetzt beginnenden Kommissionsverhandlungen im Anfang der nächsten Woche bei den entscheidenden Paragraphen übersehen läßt.

Gewerkschaftliches.

Lithographen. Im graphischen Gewerbe tobt zurzeit ein großer Kampf. Die Gehilfen in Leipzig traten im August in eine Lohnbewegung. Sie forderten für Lithographen, Kartographen und Zeichner eine Arbeitszeit von 8 Stunden, für Steinbruder 8½ Stunden, an Rotationsmaschinen 8 Stunden, ferner einen Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre von 24 M. (jetzt 19,50), im zweiten Gehilfenjahre von 27 M., für Rotationsmaschinenmeister im ersten Jahre der Beschäftigung nicht unter 40 M., dann nicht unter 45 M. Festsetzung der Lehrlingslöhne wie folgt: bis zu 5 Gehilfen 1 Lehrling, bei 6 bis 11 Gehilfen 2 Lehrlinge, bei 12 bis 17 Gehilfen 3 Lehrlinge und auf je weitere 8 Gehilfen 1 Lehrling mehr. Die Forderung der Gehilfen für die Lehrlingszahl geschieht in jedem Geschäft getrennt nach Lithographen und Steinbrudern. Oberbruder, Oberlithographen und Korrekturlithographen werden nicht mitgezählt. Weitere Forderungen betrafen die Regelung der Ueberstunden- und Feiertagsarbeit, ferner die Bewährung von Ferien. Affordarbeit, Heimarbeit und Prämienarbeit sollte für unzulässig erklärt werden. Für Bronzebruder wurde eine tägliche Entschädigung von 1 M. gefordert. Diese Forderungen wurden am 30. August an 79 Firmen versandt und Antwort bis zum 6. September erbeten. 6 Firmen bewilligten die Forderungen; die übrigen antworteten teils ablehnend, teils gar nicht. Bei diesen wurden am 9. die Kündigungen eingereicht. Am 11. kam es zu Verhandlungen, die sich jedoch zerschlugen, obwohl die Gehilfenvertreter im Interesse des Friedens von den Forderungen erhebliche Abstriche machten. Der Streik begann am 23. September in 51 Betrieben, von 583 Steinbruder und 392 Lithographen beschäftigt waren. In 14 weiteren Betrieben mit 12 Brüdern und 146 Lithographen lief die Kündigung erst am 30. September ab. Betroffen wurden die Forderungen in 10 weiteren Betrieben, so daß im ganzen 16 Firmen mit 78 Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiteten.

Auch in Nürnberg, Stuttgart und Frankfurt am Main kam es zu einer Bewegung. Diesen Orten folgten noch mehrere. Ueberall waren die Unternehmer hartnäckig und der Schlichter-Verband der Unternehmer glaubte den Spieß umdrehen zu dürfen, indem er für den 30. September eine Absperrung der organisierten Gehilfen anordnete. Die Graphische Presse gab in ihrer Nr. 42 vom 14. Oktober eine Uebericht über den Umfang der Bewegung. Danach erstreckte diese sich auf 50 Mitgliedschaften, 283 Firmen und 4565 Gehilfen. Die Zahl der in der Bewegung eingetretenen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wurde auf 1500 bis 1800 geschätzt. Bei den ausstreichenden Firmen wurden ebenfalls die Forderungen eingereicht.

Tabakarbeiter. Welt in einigen Betrieben die Tabakarbeiter streikten, hat der Verband der westfälischen Zigarrenfabrikanten am 14. Oktober in den Kreisen Gerdorf, Minden, Albede, Osna brück und in den Fürstentümern Lippe und Waldeck etwa 8000 Tabakarbeiter ausgesperrt. Die Notwendigkeit einer Lohnbewegung ergibt sich schon aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft für 1910 enthaltenen Angaben, wonach der Durchschnittslohn im Kreise Lübbecke täglich 1,75 M., im Kreise Gerdorf 2,15 M. und im Kreise Minden 2,25 M. beträgt. An der Bewegung sind beteiligt der Deutsche Tabakarbeiterverband, der Verband der Zigarrensortierer und Ristenbefeher und der Verband christlicher Zigarren- und Tabakarbeiter Deutschlands.

Buchbinder. Der Deutsche Buchbinder-Verband hat, wie in Nr. 43 der Buchbinder-Zeitung bekanntgemacht wird, jetzt 80 000 Mitglieder. Allein die letzten fünf Quartale brachten eine Zunahme von 5000. Ein guter Fortschritt!

Ist der „zweite Vorsitzende“ einer Versammlung ohne weiteres ein Leiter im vereinsrechtlichen Sinne?

Diese Frage hatte das preussische Kammergericht am 6. Oktober zu entscheiden. Nach § 18 Ziffer 2 des Reichsvereinsgesetzes wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft, wer eine Versammlung ohne die durch die Paragraphen 5, 6, 7, 8, 9 des Gesetzes vorgeschriebene Anzeige oder Bekanntmachung veranstaltet oder leitet. Die öffentliche Jugenberesamlung in Berlin, die sich am 16. Oktober 1910 mit dem kurz vorher ergangenen Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Sachen der freien Jugendorganisation beschäftigte und dagegen Protest erhob, war nicht der Polizei angezeigt oder in einer dafür bestimmten Zeitung rechtzeitig bekannt gemacht worden. Die Versammlung wurde als öffentliche, zur Erörterung politischer Angelegenheiten angesehen und es erfolgte auf Grund der zitierten Vorschrift Anklage gegen das aus der Versammlung gewählte Bureau. Das Landgericht nahm an, namentlich im Hinblick auf ein vorher verbreitetes Flugblatt, daß diese öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten bestimmt gewesen sei und deshalb zu den anzeigepflichtigen Versammlungen gehörte. Es verurteilte jedoch nur den „ersten Vorsitzenden“ Scholz als Leiter. Der „zweite Vorsitzende“ Wenzel und der Schriftführer Holzhütter blieben straffrei. Ausgesührt wurde: Nur Scholz konnte als Leiter in Frage. Wenzel und Holzhütter könnten nicht als Leiter gelten. Als Leiter könnte nur die tatsächlich den Vorsitz führende Person angesehen werden. Das sei hier nur Scholz gewesen. Die anderen beiden Mitglieder des aus der Versammlung gewählten sogenannten Bureaus hätten keine leitende Tätigkeit ausgeübt, und zwar der zum „zweiten Vorsitzenden“ bestimmte Wenzel auch nicht dadurch, daß er zum Schluß feststellte, es sei keine Resolution eingebracht worden.

Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil, soweit dadurch Wenzel freigesprochen worden war, Revision beim preussischen Kammergericht ein. Sie machte geltend: Wenzel als zweiter Vorsitzender hätte ebenfalls als Leiter verurteilt werden müssen. Die Versammlung habe ihn durch die Wahl zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Wenn eine Versammlung zwei Vorsitzende wähle, dann hätten beide Leitungsbefugnisse; beiden stehe das Recht zu, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten und die Versammlung zu leiten. Ob der zweite Vorsitzende wenig oder gar nicht Gebrauch davon mache, sei ganz egal. Auf jeden Fall sei auch er „Leiter“. Uebrigens sei Wenzel am Schluß auch als Leiter dadurch hervorgetreten, daß er feststellte, es sei keine Resolution eingegangen. Auch die Feststellung des Resultats gehöre mit zu den Aufgaben des Leiters.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Vertreter Wenzels betonte vor dem Kammergericht die große Bedeutung, die für die vereinsrechtliche Praxis in der hier zur Entscheidung stehenden Frage liege, ob der zweite Vorsitzende einer Versammlung ohne weiteres ihr Leiter sei. Die Frage müsse verneint werden. Eine Versammlung könne nicht gleichzeitig zwei Leiter haben. Wer zum zweiten Vorsitzenden gewählt werde, werde dadurch noch nicht Leiter. Er sei erst dann dazu berufen, ein Leiter zu werden, wenn der erste Vorsitzende irgendwie verbunden sei, zu leiten, und wenn die Leitung so auf den zweiten Vorsitzenden übergehe. Das sei aber hier nach den Feststellungen des Landgerichts nicht geschehen.

Das Kammergericht stellte sich auf denselben prinzipiellen Standpunkt und verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, indem es noch ausführte: Das Landgericht erklärte als festgestellt, daß Wenzel sich nicht an der Leitung beteiligt habe, wenn auch er neben dem ersten Vorsitzenden Platz nahm, und daß er auch dadurch sich nicht an der Leitung beteiligte, daß er feststellte, es sei keine Resolution eingegangen.

Idealarbeiter.

Im Rheinbeimer Volksstimme (Nr. 279 vom 12. Oktober) lesen wir folgendes: „Gegen Dummheit ist kein Kraut gewachsen! Ein Handwerker aus der Gegend von Wetzlar im schickt uns folgendes Stimmungs-Bild vom Lande. Der Mann schreibt: Im Frühjahr 1911 hat die große Ueberflutung die Aufmerksamkeits der Allgemeinheit auf einen Teil unseres Landes gelenkt, von dem sonst in den Tageszeitungen wenig oder gar nicht

berichtet wird; höchstens zur Zeit der Wahlen, wo regelmäßig festgelegt wird, daß wieder der Zentrumsausschuß die Mehrheit gewährt ist. Dieses Gebiet zwischen Mosbach und Wertheim, das fast ausschließlich von landwirtschaftlicher Bevölkerung besetzt ist, bietet in der neuen Eigentümlichkeit der Wohnstätten, "Forschungsbereitschaft" eigentlich viel besseren Stoff, als die unentwickelten Gebiete am Riger oder Rongo in Afrika.

In jener Gegend geboren und zum Handwerker wohl ausgebildet, eröffnete ich in meiner Heimat das Geschäft. Es war wenig zu verdienen, denn die Bauern bestellten nur einen Handwerker, wenn sie müssen, wenn sie von der Feuerschau dazu gezwungen werden, oder wenn ihre Hütte über ihrem Kopf zusammenzubrechen droht. Deswegen nahm ich Senfe und Hade und ging mit dem Bauern auf das Feld, als Tagelöhner arbeitend, wenn keine Bestellung zur Ausübung des Handwerks vorhanden war.

So war es zur Zeit der Kartoffelernte. Mein Freund Heinrich hatte mich bestellt, mit vier Bauernmädchen im Tagelohn das Einheimische seiner Kartoffeln zu besorgen, da er selbst sein übriges Geld zur Auslast umzubringen und herzurichten hatte. Zugleich sollte ich an seiner Stelle die jungen Mädchen zur Arbeit aufmuntern und beaufsichtigen. Wir hatten die Kost im Hause des Arbeitgebers, wie es dort Sitte ist. Kaffee wurde zu Hause getrunken, dann ging es aufs Feld, zu Mittag kam der Bauer mit seinem Führer nach, brachte das Mittagessen, das auf dem Felde eingenommen wurde, dann luden wir die geernteten Kartoffeln, die in Säcke gefüllt wurden, auf den Wagen, und er fuhr sie nach Hause. Am Abend kam er wieder und holte das Ertragnis mit dem Wagen heim, das wir dann noch vor dem Nachhause in dem Keller unterbrachten.

So hatten wir zwei ganze Tage bei dem Bauern gearbeitet, und die Kartoffeln waren alle nach Hause geschafft und im Keller der Sorte nach aufgeschichtet. Da fragte der Bauer nach dem Abendessen: "Na, Kätterle, was hast du denn jetzt bei mir verdient? Ich will dir gleich beinen Lohn geben!" — Das Kätterle redete nämlich immer für die anderen Mädchen, und so sagte es auch jetzt: "Der Kötterle bezahlt seinen Leuten 1,60 M für den Tag, und soviel wollen wir auch!" — "Gut," sagte der Bauer, "es ist mir nicht zuviel, was der Kötterle bezahlt, bezahle ich auch," ging an seine Kommode und zählte jedem der Mädchen 3,20 M auf. Sie strichen das Geld ein, dankten und gingen nach Hause.

Ich, als der Jugendfreund und Altersgenosse des Bauern, bemerkte noch im vertrauten Gespräch in seiner Wohnung, als unüblich die Türe aufgerissen wurde, und eine Frau freischend und lärmend in das Zimmer trat. Es war die Katharine, die Mutter vom Kätterle. "Was fällt denn dir ein," rief sie leuchtend, "deinen Tagelöhnern so einen großen Lohn zu bezahlen, das ist mir zuviel, so viel Geld darf dir mein Kätterle nicht abnehmen. Von jeher ist nicht mehr wie 80 S für den Tag im Kartoffelausschlag bezahlt worden, und so viel kannst du ihm bezahlen, und kein Pfennig mehr wie 1,60 M für die zwei Tage wird angenommen!"

"Na," sagte der Bauer, "laß doch dem Mädchen sein Geld, mir macht es für die zwei Tage wenig aus, ob die Mädchen für ihre Arbeit 3,20 M oder die Hälfte haben, für mich ist die Hauptsache, daß jetzt meine Kartoffeln trocken im Keller liegen. Laß deinem Mädchen seine paar Pfennige, es hat sie ja verdient, in meine Mütze!" — "Nein, durchaus nicht," erlerte die Alte fort, "wenn du das Geld nicht zurücknimmst, das mehr ist, wie 80 S für den Tag, so darf dir mein Kätterle keinen Streich mehr arbeiten, dann ist es von heute an fertig, sie darf dir nicht mehr ins Haus, und du brauchst nicht mehr nach ihr zu fragen, wenn du eine Arbeit hast!" — "Nun," sagte der Bauer, "lange du streiten brauchen wir deswegen nicht. Das Kätterle kann ich nicht entbehren, es wird bald gedroschen, und da soll es wieder mithelfen. So lege nur das Geld wieder her, das dir zu viel ist, mir ist es nicht zu viel, ich habe noch Platz in meiner Kommode und kann es aufheben."

So zahlte die alte Katharine wieder 1,60 M zur Hand, und der drohende Streik war somit beigelegt. Eine bessere Gegend wäre doch wohl kaum für unsere Fabrikanten zur Anpflanzung zu finden, als das bairische Hinterland. Wenn es dort zahlreich ist, dann kontrollieren die Mutter und Großmutter, wieviel Lohn die Kinder und Enkel zuviel erhalten haben, und bringen alles Geld, das zuviel ist, sofort den Fabrikherren wieder zurück, unter Streikandrohung, daß die Löhne erniedrigt werden müssen. Nur bemerkt sich die Streikfrage auf einer fetter unbekanntem Basis — es wird weniger Lohn gewünscht, als die Arbeitgeber bezahlen wollen.

Dieser Vorfall zeigt wieder einmal so recht die Minderwertigkeit mancher Gegenden. Diese Art Leute sind die willkommenen Ausbeutungsbjekte der Herren. Hier kann nur eine planmäßige Aufklärungsbewegung eine Wendung bringen! Die Arbeit ist ja nicht leicht, aber der Erfolg entschädigt schließlich dafür!

"Stärkerer Schutz" für Arbeitswillige.

Der bekannte Streik auf der Schichauschen Werft in Danzig hat auffallend viele Anfragen zur Folge gehabt. Wie dies kam, wurde am 9. Oktober vor dem Danziger Schöffengericht zufällig eines Tageslicht gebracht. Ein etwa sechzigjähriger Arbeitswilliger sollte von einem Streikenden, dessen Freund er 20 Jahre lang war, durch ein Gespräch unter vier Augen beleidigt worden sein. Der Arbeitswillige erklärte jedoch, daß er sich gar nicht beleidigt gefühlt und auch keinen Strafantrag gestellt habe. Er verweigerte, das auch nicht mehr tun zu wollen. Auf die Frage des Richters, wie es denn überhaupt zur Angeklagten gekommen sei, erwiderte Rechtsanwalt Lehmann als Verteidiger, daß die Verleumdung ein eigenes Bureau ersticht habe, um alle Verfassungen Arbeitswilliger zur gerichtlichen Sühne zu bringen. Der angeblich Beleidigte teilte dazu mit, daß er dreimal aufgefordert worden sei, den Strafantrag zu stellen. Aus den Akten stellte nun der Richter fest, daß sich darin zwar eine detaillierte Schilderung des Sachverhalts, aber gar kein Strafantrag befand. Des Millionärs Stühnebureau hatte in seinem Unselber die Hauptrolle ganz vergessen. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte sämtliche Kosten, auch die der Verteidigung, und der dem Angeklagten verursachten persönlichen Aufwendungen, der Staatskasse auf.

Wir empfehlen diesen Fall dem Zentralverband deutscher Industrieller als "Material" für den von ihm angestrebten "stärkeren Schutz" der Streikbrecher.

Streikbrecher und Räuber.

Das Schöffengericht des Landgerichts II in Berlin hat, wie der Vorwärts in seiner Nr. 236 vom 8. Oktober berichtet, einige Tage vorher den Bäckergesellen Ziller wegen schweren Raubes zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Während des Bäckereistreiks im Jahre 1907 war Ziller als Streikbrecher bei einem Bäckermeister in Kirdorf tätig. Er hatte, so gut aber so schlecht es gehen wollte, die Arbeit der streikenden Gesellen mitzumachen. Dabei strengte er sich dermaßen an, daß er sich eine Fußverletzung zuzog. Um seine "nützliche Tätigkeit" als Streikbrecher nicht unterbrechen zu müssen, unterließ es Ziller, sich in ärztliche Behandlung zu begeben. Den unglückseligen Ratschlägen der Streikenden, er möge doch nicht im Interesse des Arbeitgebers seine gesunden Glieder aufs Spiel setzen, hielt er die Antwort entgegen: "Und wenn ich auf die Nase falle und liegen bleibe, ich gebe die Arbeit nicht auf." Ziller war also ein "Mutterarbeiter", wie ihn sich die Unternehmer wünschen. Doch er trug schwere Folgen seiner arbeiterschädigenden Raubverleumdung davon. Die Fußverletzung, die er zugunsten seiner Streikbrecherarbeit vernachlässigt hatte, verschlimmerte sich derart, daß der Fuß bald darauf amputiert werden mußte. Also im Dienste arbeiterschädlicher Bestrebungen hatte sich Ziller zum Krüppel gemacht. Als Bäcker fand er keine Arbeit mehr und er nahm deshalb oft das Mittel seiner Kollegen in Anspruch, um sich mit deren Unterstützung kümmerlich durchzuschlagen zu können. Der Bäckergeselle Lorenz, der wegen seines Alters als Bäcker keine

Arbeit mehr fand, und sich durch Hausverkauf blüßig ernährte, gewährte in seiner Wohnung dem Ziller Unterkunft. Bald bemerkte Ziller, daß Lorenz einige Spargroschen zurückgelegt hatte, die er nachts unter seinem Kopfkissen verwahrte. In dem Durcheinander, der schon selber als Streikbrecher vom Verrat an seinen Kollegen gelebt hatte, erwachte die Star nach den Spargroschen dessen, der ihn hilfsbereit in seine Wohnung aufgenommen hatte. Eines Nachts löschte Ziller, mit einem Hammer bewaffnet, an das Bett des alten Lorenz und versuchte, den Geldbeutel unter dem Kopfkissen hervorzuholen. Dabei erwachte Lorenz. Ziller versetzte ihm mit dem Hammer einen in die Brustschlag auf den Kopf. Lorenz sah noch, daß der Verbrecher zu einem zweiten Schlag ausholte, und zwar so kräftig, daß der Hammer vom Stiel flog. Dann verlor Lorenz das Bewußtsein. Daß er mit dem Leben davon gekommen ist, verdankt er lediglich dem glücklichen Zufall, daß die Waffe des Raubmörders beim zweiten Hiebe versagte. Lorenz wurde heutzutage aufgefunden und nach der Unfallstation geschafft, wo er wieder zu sich kam. Inzwischen war der Räuber mit den Ersparnissen des Lorenz im Betrage von 62,50 M verschwunden. Als Ziller auf Grund der Angaben von Lorenz verhaftet wurde, hatte er das geraubte Geld bereits ausgegeben. Nach anfänglichem Leugnen gestand er sein Verbrechen ein, das er jetzt im Zuchthaus zu büßen hat.

Auch einer von denen, für die der Zentralverband deutscher Industrieller "stärkeren Schutz" anstrebt.

Schwarze Verleumder vor Gericht.

Am Dienstag den 18. Oktober kam vor dem Schöffengericht in Dortmund eine Privatklage des Genossen Ernst (Hagen) gegen den verantwortlichen Redakteur Stahl Schmidt der Fremantia zum Austrag. Anlaßlich einer Bewegung der Arbeiter der Firma Eiden & Co. zu Hagen, bei welcher der Deutsche Metallarbeiter-Verband und der "Christliche" Metallarbeiterverband gemeinsam vorgehen, hatten die Schwarzen nach alter Manier Verrat geübt, indem sie die Arbeiter der Firma Eiden schändlich im Stich ließen. Um diesen Verrat zu vertuschen, eröffneten sie "Christlichen" in einem Flugblatt "eine Bundesgenossen" eine Schimpfkanone gegen den Genossen Josef Ernst, und beschuldigten, auf diesem Wege der Defensivität auch in die Augen zu streuen.

Als ihre Unpöbelungen des Genossen Ernst in einem Flugblatt "Sie lügen wie die Teufel und sind schwindeln aus Prinzip" richtiggestellt wurden, liefen die Schwarzen Versammlungen ein, um dort ihre Schäflein gehörig einzukreisen. Einer dieser Versammlungsberichte wurde nun in der Westfälischen Volkszeitung und im Markt und Sauerland, einem Ableger der Fremantia, veröffentlicht. Der Bericht wimmelte von Verdrehungen und Beschimpfungen. Im allgemeinen läßt man nun diese schwarzen Gesellen schimpfen, da die Verlogenheit der Zentrumspresse so bekannt ist, wenn aber hier eine Ausnahme gemacht wurde, dann nur deshalb, weil in diesem Artikel der Gipfel der Gemeinheit erklommen worden war.

Wer nun aber dachte, Herr Stahl Schmidt hätte als verantwortlicher Redakteur versucht, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten zu wollen, der irrte sich gewaltig. Er wußte, daß es nichts zu beweisen gab und spielte daher den Unschuldigen. Er erklärte, der Bericht sei "ohne sein Wissen in die Zeitung gekommen"; er sei zufällig nicht in der Redaktion gewesen und hätte auf Grund dessen den Artikel auch nicht in die Sekerei gegeben. Deshalb könne er nicht bestraft werden, er bitte um seine Freisprechung. Außerdem nannte er Herrn Kleff als den Verfasser des Artikels. Als Zeugen waren nun Herr Kleff und Herr Klein eingeladen. Beide wurden nicht vereidigt. Kleine erklärte, er habe den Artikel in die Sekerei gegeben, Herr Stahl Schmidt sei nicht in der Redaktion anwesend gewesen. Kleff erklärte, er habe den Artikel nicht verfaßt, sondern er habe einem andern Herrn den Auftrag dazu gegeben, er lehne es ab, den Namen dieses Mannes zu nennen. Die "Christlichen" dachten jedenfalls, auf diesem Wege straflos auszugehen. Wenn es auch selbe ist, zu kneifen — was Schadel's bei den "Christen". Der Vertreter des Genossen Ernst, Rechtsanwalt Frankl (Dortmund), machte aber den Herren einen Strich durch die Rechnung. Durch verschiedene Fragen an den Angeklagten stellte er fest, daß derselbe am dem Abend, an dem der Bericht in die Sekerei gegeben wurde, in Dortmund anwesend war. Das Pressegesetz verlangt aber, daß der Redakteur nachweist, daß er den Artikel unter keinen Umständen gesehen haben kann. Das wäre nur der Fall gewesen, wenn Stahl Schmidt hätte nachweisen können, daß er an dem Abend überhaupt nicht in Dortmund gewesen sei. Das konnte er natürlich nicht, und es mußte daher die Verurteilung erfolgen.

Als der Angeklagte sah, daß alle Ausflüchte nichts halfen, nannte er zu guter Letzt alle witzigen Verfasser des Schmutzartikels einen gewissen W. Volmer aus Hagen. Aber auch das konnte nicht helfen, denn dadurch wurde seine Mittäterschaft nicht ausgeschlossen. Das Gericht verurteilte den "Christen" zu 20 M Geldstrafe und erkannte dem Genossen Josef Ernst das Recht zu, das Urteil einmal in der Volkszeitung für Markt und Sauerland zu veröffentlichen, da dieses famose Blatt aber bereits an Abonnementschwindsucht verfallen ist, ist die Veröffentlichung nicht mehr möglich. Ob aber die Verurteilung was nützt, wagen wir zu bezweifeln, denn: die Käse läßt das Maulen nicht.

Siech-Dunderiana.

Einen neuen Schwindel leistet sich der Regulator in Nr. 42. Er will jetzt die Unterlagen dafür besitzen, daß die Feingoldschlaggeriebesiger Bayerns feinerzeit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht nur 6000 M "geschenkt" hätten, sondern sogar 71000 M. Wir sind gespannt auf die "Unterlagen" des Regulator, die er doch hoffentlich der Öffentlichkeit unterbreiten wird. Was es mit der "Schenkung" der 6000 M für eine Bewandnis hat, haben wir schon in Nr. 7/1904 der Metallarbeiter-Zeitung dargelegt; wenn der Regulator seinen neuen Schwindel mit seinen "Unterlagen" näher "begrunder" haben wird, kommen wir auf die Sache noch einmal zurück.

Vom Ausland.

Osterreich.

Teuerung und Gewerkschaftskampf.

In den Jahren des industriellen Aufschwungs gelang es den österreichischen Gewerkschaften, eine Reihe nicht unbeträchtlicher Erfolge für die Arbeiterklasse zu erringen. Nach der Zeit der günstigen Konjunktur kam indes wieder eine Periode wirtschaftlicher Depression, die vieles von dem zunichte machte, was vorher errungen worden war. In Osterreich wurden die Wirkungen der Krise noch dadurch verhärtet, daß eine enorme Teuerung der wichtigsten Lebensmittel eintrat. Diese Teuerung hat nicht allein die allgemeinen Ursachen, die in allen Industrieländern wirksam sind, sondern wird noch durch eine Reihe spezifisch österreichischer Ursachen verhärtet. Die Hochpreisgüsse des Jolkarls vom Jahre 1906 erschweren die genügende Zufuhr von Agrarprodukten und jarauben den Salanbpreis in die Höhe. Aber diese Jolkarls allein genügt den Profitgeheimen der Agrarier nicht und sie beantragten die Regierung, die Einfuhr von wichtigen Nahrungsmitteln, wie zum Beispiel des Fleisches, noch besonders zu erschweren. So kam, trotz der großen Viehnat Osterreichs, aus Serbien kein lebendes Stück Vieh eingeführt werden, weil kein entsprechender Handelsvertrag mit diesem Lande besteht. Auch die Einfuhr von Fleisch aus Argentinien ist auf Einpruch der österreichischen und ungarischen Agrarier verboten worden. Die Not des Volkes wird schließlich auch noch durch das wucherische Treiben einiger Kartelle verhärtet, die — durch den Zoll vor ausländischer Konkurrenz geschützt — die Warenpreise rücksichtslos in die Höhe treiben. Kein Wunder, daß angesichts aller dieser Raubzüge auf die Taschen des Volkes eine tiefe Empörung wette Kreise ergreift. In der Presse und in Versammlungen nahm die Frage, wie der Teuerung abzuwehren sei, den größten Raum ein. Der Kampf, der gegen die Teuerung begann, wurde vorwiegend auf politischem Wege ge-

führt. Man verlangte vom Parlament und von der Regierung Maßnahmen zur Bänderung des Kostandes. Beide versagten. Die Regierung, von den mächtigen Agrariern beeinflusst, verriet die Industrie-reiche österreichische Reichshälfte an das von agrarischen Interessen völlig beherrschte Ungarn. Das Parlament erschöpfte sich in endlosen Debatten und vermochte doch keine Verbesserung zu erzielen, weil die bürgerlichen Parteien zu feige waren, einen entschiedenen Kampf gegen die Agrarier zu wagen. So sah sich das Volk betrogen. Und nun kam es in leidenschaftlicher Empörung auf.

Die sozialdemokratische Partei versuchte stets, die Bewegung in gesetzlichen Bahnen zu erhalten. Von der Erkenntnis ausgehend, daß Verwuchlungstaten der Massen der Regierung den erlöschenden Vorwand geben könnten, die ganze Bewegung gegen die Teuerung in einem Blutbad zu erlösch, wehrte sie so viel als möglich Gewalttaten ab. Aber schließlich durchbrach die lange verhaltene Empörung alle Dämme. Gelegentlich einer von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Teuerungsdemonstration kam es zu großen Ausschreitungen der von der fürchtbaren Not zur Verzweiflung getriebenen Masse. Am 17. September floß in den Straßen Wiens Arbeiterblut. Im Kampfe mit der Polizei und dem Militär wurden mehrere Arbeiter erschossen und viele Duzende verwundet. Nach diesem blutigen Tage herrschte in Wien ein, wenn auch nicht formell verhängter, so doch tatsächlich bestehender Ausnahmezustand. Die bei der Demonstration Verhafteten wurden vor felle Gerichthöfe gestellt und zu wahnfinnig hohen Strafen verurteilt. Eine abnehmende Handbewegung gegen Polizisten oder Soldaten, wie sie ja im Getümmel des Zusammenstoßes unausweichlich ist, wurde mit vielen Monaten Kerker, das Verschlagen einer Fensterhebe mit einem Jahre Kerker und ein Stacheldraht auf ein Soldatenpferd gleichfalls mit einem Jahre Kerker bestraft. Dieses tolle Wüten der Herrschenden hat am 5. Oktober noch einen Vorwand zur Steigerung erhalten. Mit den Schüssen, die der dalmatinische Tischlergeselle Nikolaus Hreusich gegen den Justizminister abfeuerte, lieferte er der Ordnungswelt den höchst sehr erwünschten Vorwand zu neuerlichen Gewalttaten im Namen des Gesetzes. Es gab noch keine Zeit in Osterreich, in der eine Regierung mit solchem Grimme über die organisierte Arbeiterschaft hergefallen wäre, als dies nun der Fall ist. Und die gestrenge Sozialistenhetze der Minister löst den frenetischen Jubel der deutsch-bürgerlichen Parteien aus. Die fatie Bourgeoisie und ihre Regierung erweisen sich einander würdig.

Für die Arbeiterschaft aber erhebt sich die Frage: Was nun? Der politische Kampf gegen die Teuerung muß wohl fortgesetzt werden, trotzdem kein Zweifel darüber besteht, daß seine unmittelbaren Erfolge unter den gegebenen Umständen nicht sehr große sein können. Aber der Kampf muß weitergeführt werden, weil er Kaufende auftritt, weil er besser als andere die Indifferenzen von den Schädlichkeiten und Verheerlichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu überzeugen vermag. Nicht allein auf politischem Gebiete wird indes der Kampf weitergeführt, er wird es in noch entscheidender Weise von den Gewerkschaften. Wo im proletarischen Befreiungskampfe die eine Waffe nicht ausreicht, greift die Arbeiterschaft zur andern. Und nun ist in Osterreich die Reihe wieder an den Gewerkschaften; auf sie richten sich die Hoffnungen der Arbeiter. Wenn es momentan nicht möglich ist, eine Herabsetzung der Warenpreise zu erringen, muß mit vernehmlichem Elfer für eine Erhöhung der Löhne gekämpft werden. Am Tage der Parlamentseröffnung haben in Mährisch-Osttau 36 000 Bergarbeiter an einem einseitigen Demonstrationstreik teilgenommen. Diese gegen die Teuerung gerichtete, mehr politische Bewegung wird sich bald in gewerkschaftliche Lohnkämpfe umsetzen. Dasselbe gilt von den Eisenbahnern, die eben jetzt in einer großen, allgemeinen Lohnbewegung stehen. Arbeiter anderer Berufe haben Ursache genug, diesem Beispiele zu folgen. Die nächsten Monate werden demnach, als natürliche Reaktion gegen die Teuerung, Lohnkämpfe in größerem Ausmaße bringen. Die österreichischen Gewerkschaften haben keine Ursache, diesen Lauf der Entwicklung zu beklagen; im Gegenteil, das Neuwachen gewerkschaftlichen Kampfes in den breiten Massen der Arbeiterschaft ist für sie eine begrüßenswerte Erscheinung. S. D.

Norwegen.

Der Vorstand des norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes verhandelte soeben seinen für den Internationalen Metallarbeiter-Bund bestimmten Bericht über die Tätigkeit des Verbandes in den Jahren 1909 und 1910. Die späte Herausgabe wird mit Ueberlastung mit Arbeit und Wechsel im Geschäftsführeramt entschuldigt. Der Verband hatte am Anfang des Jahres 1909 7687 Mitglieder und am Ende 7960. 1661 wurden neu aufgenommen; gestrichen wurden 1668, davon aber 520 wieder aufgenommen. 74 reisten ins Ausland. Vom 18. bis zum 23. Mai 1909 wurde der 13. Landeskongreß des Verbandes abgehalten, wo unter anderem beschlossen wurde, daß der Vorstand zur Behandlung großer und schwerer Fragen einen Landesrat einberufen solle. Zu diesem haben alle Abteilungen mit mindestens 50 Mitgliedern einen Vertreter zu wählen. Betreffend künftige Tarifverträge wurde eine Lokalkonferenz in den angrenzenden, die folgenden forderte: 1. Gleichartigen und größeren Minimallohn für alle mechanischen Werkstätten. 2. Besondere Tarifverträge für Spezialwerkstätten. 3. Verkürzung der Arbeitszeit bis zu 64 Stunden wöchentlich. 4. Für Reparaturen und anderes in Fabriken muß versucht werden, einen größeren Minimallohn als für die Werkstattarbeiter zu bekommen. 5. Die verschiedenen Handwerksverträge müssen, wo es möglich ist, gleichartig gemacht werden. — Größere Bewegungen fanden 1909 nicht statt. Es wurden 16 neue Verträge für 302 Mitglieder abgeschlossen. Diese erstelsten dadurch eine Lohnaufbesserung von 22 087 Kronen im Jahre und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 136 Stunden die Woche. 12 Streiks und Ausperrungen wurden geführt, die sich auf 344 Mitglieder erstreckten (Gesamtzahl der Beteiligten: 383), die 20 846 Arbeitstage verloren und mit 30 987 Kronen unterstützt wurden. Die meisten dieser kleinen Kämpfe endeten ohne Erfolg. Beim schwedischen Großstreik zahlten die Verbandsmitglieder in Klasse a wöchentlich 1 Kr., in Klasse b 75 Ders und in Klasse c 45 Ders. Den kämpfenden schwedischen Kollegen wurden 146 775 Kr. gesandt, weiter ein Darlehen von 100 000 Kr. — Die Arbeitslosigkeit war sehr groß, denn 3773 Mitglieder waren längere oder längere Zeit ohne Arbeit und erhielten 86 293 Kr. Unterstützung — 11,1 Kr. auf das einzelne Mitglied (1908: 4,94 Kr. und 1906: 2,68 Kr.). — Die Veresterungskasse, die beim Tode eines Mitglieds den Hinterbliebenen Summen von 50 bis zu 800 Kr. und Begräbniskosten für Mitglieder und deren Frauen zahlt, hat eine Einnahme von 29 940 Kr. und eine Ausgabe von 12 856 Kr. gehabt. — Die Kranenkasse zahlte 76 025 Kr. Unterstützung und 38 636 Kr. Verzegebühren. — Die Einnahmen des Verbandes betragen 600 044 Kr., das Vermögen 309 437 Kr.

Im Jahre 1910 liegt die Mitgliederzahl auf 8926, davon waren in Klasse a 6427, in Klasse b 1610 und in Klasse c 1289. Der im Jahre 1909 geschlossene Landesrat wurde am 21. Oktober zu einer Sitzung berufen. Es handelte sich um die Kündigung der fagenannten Aprilberetnkunft, die am 31. März abließ. Der Landesrat beschloß die Kündigung mit 25 gegen 18 Stimmen und die Einreichung folgender Forderungen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 64 Stunden die Woche. 2. Gleichr Minimallohn für alle Betriebe, die den Tarif unterzeichneten: a) für gelehrte Arbeiter 40 Ders, b) für Hilfsarbeiter 34 Ders. 3. Eine allgemeine Erhöhung des Stundenlohnes entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit und 2 Ders darüber. 4. 50 Prozent Zuschlag für Nacht- und Ueberstundenarbeit und 100 Prozent für Sonntagsarbeit. 5. Täglich 2,50 Kr. Reisepesen für Arbeiter außerhalb des Wohnortes. 6. Einführung von Ferien mit Lohn. 7. Regelung des Lehrlingswesens und Einführung von festen Lohnsätzen für Knaben. (Das Ergebnis der Verhandlungen haben wir schon in Nr. 26, Seite 202, mitgeteilt. Weiter kam es zu einem fünfseitigen Streik, an dem ungefähr 8000 Mitglieder beteiligt waren. Ueber diesen wird im Bericht für 1911 weiteres mitgeteilt werden.) Im Jahre 1910 kam es zu 3 Streiks und 3 Ausperrungen, die 442 Arbeiter umfaßten; davon

